Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu bezie — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 6.00, monatlich 2.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 110 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 100 Pfg., Reklamen 320 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 59. Mittwoch, den 10. März 1920. 27. Jahrg.

Das neue Verhältniswahlrecht.

Der Entwurf eines Wahlgesetzes, der vor einigen Tagen nach Ausarbeitung durch das Reichsministerium des Innern der Nationalversammlung zugegangen ist, sieht ein Verhältniswahlrecht vor, das sich in wesentlichen Punkten von dem unterscheidet, das bei den Wahlen zur Nationalversammlung und Preußischen Landesversammlung Geltung hatte. Seine Vorzüge bestehen darin, daß es mit noch größerer Gerechtigkeit und Genauigkeit sämtliche abgegebenen Stimmen ausnutzt und die Mandate nach der Stimmenzahl auf die Parteien verteilt, daß es aber gleichzeitig eine engere Verbindung zwischen Wahlkreis und Abgeordneten ermöglicht, als das alte Verhältniswahlrecht mit seinen Riesenwahlkreisen und langen Kandidatenlisten.

Im Grunde ist das neue Wahlverfahren das denkbar einfachste. Wenn es trotzdem vielfach nicht richtig verstanden wird, so deswegen, weil man sich von einigen alteingewurzelten Anschauungen losmachen muß. Das neue Wahlverfahren wirft nämlich einige Voraussetzungen, die bisher fast allen Wahlgesetzen zugrunde lagen und für selbstverständlich galten, obwohl sie keineswegs notwendig waren, glatt über Bord. Vor allem die fest umgrenzte Zahl der Abgeordneten. Bisher galt es als selbstverständlich, daß bei jeder Neuwahl wieder dieselbe Zahl von Abgeordneten gewählt wurde, wie bei der vorigen. Mit diesem Grundsatz soll jetzt gebrochen werden. Der künftige Reichstag wird von Wahlperiode zu Wahlperiode wechselnde Kopfstärke aufweisen. Diese wird abhängen von der Wahlbeteiligung. Künftig wird nämlich über die Zahl der Abgeordneten erst durch die Stärke der Wahlbeteiligung entschieden. Bei größerer Wahlbeteiligung werden auch mehr Abgeordnete gewählt werden als bei geringerer. Solche Schwankungen in der Abgeordnetenziffer sind durchaus erträglich, solange sie sich in mäßigen Grenzen halten.

Mit der Ausschaltung des Grundsatzes einer von vornherein feststehenden Abgeordnetenziffer ist die Möglichkeit einer gerechteten Stimmausnutzung geschaffen. Künftig wird jede Partei soviel Abgeordnete im Reichstage haben, als volle 60 000 Stimmen für sie im ganzen Reich abgegeben worden sind. Eine Partei also, die 6 Millionen Stimmen erhält, bekommt totsicher hundert Abgeordnete, ganz gleich, wie sich diese Stimmen über das Reich verteilen. Ungenutzt bleiben können nur Stimmenreste, die, für das ganze Reich zusammen, bei einer Partei weniger als 60 000 Stimmen ausmachen.

Trotzdem erfolgt die Abstimmung nicht in der Weise, daß das ganze Reich einen einzigen Riesenwahlbezirk bildet. Um eine persönliche Fühlung zwischen den Wählern und den Abgeordneten zu schaffen, ist das System kleiner Wahlkreise beibehalten worden. Nun sind Groß und Klein aber dehnbare Begriffe. Das ganze ehemalige Königreich Sachsen als ein einziger Wahlkreis gedacht, wäre z. B. für die Sozialdemokratie ein viel zu großer Wahlkreis, für die Zentrumspartei dagegen, die in Sachsen nur sehr schwach vertreten ist, ein verhältnismäßig kleiner. Deshalb bestehen nach dem neuen Verfahren für die Parteien zwei Sorten von Wahlkreisen nebeneinander zum Aussuchen: die eigentlichen Wahlkreise und die Verbandswahlkreise.

Die eigentlichen Wahlkreise sind so zugeschnitten, daß bei normaler Wahlbeteiligung in jedem Kreis etwa vier Abgeordnete gewählt werden. Drei solche Wahlkreise zusammen bilden durchschnittlich einen Verbandswahlkreis.

Die Parteien haben nun in jedem Einzelfalle die Wahl, ob sie Vorschlagslisten für die einzelnen Wahlkreise oder nur eine Liste für den Verbandswahlkreis aufstellen wollen. Besteht z. B. der Verbandswahlkreis X aus den Einzelwahlkreisen A, B und C, so wird eine im Bezirk X starkvertretene Partei Listen fürA, B und C besonders aufstellen. Dagegen eine Partei, die in X nur schwach vertreten ist, nur eine Liste für den ganzen Bezirk X. Im Nachbarbezirk Y kann die Sache natürlich gerade umgekehrt liegen. Hier kann eine Partei Wahlkreislisten aufstellen, die in X nur eine Verbandsliste aufgestellt hat usw.

Sämtliche Parteien stellen außerdem noch eine Reichsliste für das ganze Deutsche Reich auf. Aber diese wird direkt von keinem Wähler gewählt, sondern sie dient nur zur Ausnutzung von Stimmresten aus den Wahlkreisen bezw. Verbandswahlkreisen.

Die Ermittlung des Wahlergebnisses geschieht nun folgendermaßen: Zunächst werden die Abstimmungsergebnisse in den Wahlkreisen, soweit Wahlkeislisten aufgestellt worden sind, in den Verbandswahlkreisen, soweit Verbandslisten aufgestellt worden sind, ermittelt. Für 60 000 Stimmen erhält jede Partei einen Abgeordneten. Die überschießenden Stimmenreste werden der Reichsliste gutgeschrieben und hier erhält wieder jede Partei soviel Sitze, wie aus ihren Stimmresten sich noch volle 60 000 ergeben.

In unserem Verbandswahlbezirk X möge die Partei, die in den Einzelwahlkreisen A, B und C Listen aufgestellt hat, in A 130 000, in B 100 000, in C 50 000 Stimmen erhalten haben, dann bringt sie in A zwei Abgeordnete durch, in B einen und in C keinen. Aus A erhält sie zehntausend, aus B vierzigtausend, aus C fünfzigtausend Reststimmen für die Reichsliste, aus ganz X also 100 000 Stimmen. Diese sichert ihr allein schon ein Mandat der Reichsliste. Aber natürlich kommen bei dieser noch die Reste aus anderen Wahlkreisen hinzu.

Eine andere Partei habe in X nur eine Verbandswahlliste aufgestellt und 150 000 Stimmen darauf erhalten. Dann bekommt sie zwei Abgeordnete und einen Stimmenrest von 30 000 für die Reichsliste gutgeschrieben.

Auf die Reichsliste werden die Parteien hauptsächlich solche Führer setzen, die große Leistungen aufzuweisen haben, die aber nicht zu bestimmten Kreisen in besonders enger Fühlung stehen. Unterläßt eine Partei die Aufstellung einer Reichsliste, so verscherzt sie damit die Ausnutzung ihrer Reststimmen. Der Wahleifer des Wählers wird dadurch angefacht, daß wirklich jede Stimme an dem Wahlergebnis mitwirkt. Es kommt nicht, wie beim alten Reichstagswahlrecht, nur darauf an, mehr Stimmen zu haben als der Gegner, sondern möglichst vielmal 60 000 Stimmen für die eigene Partei zusammenzubringen.

Die Bevorzugung irgendeiner Partei durch Wahlkreiseinteilung oder Wahlkreisgeometrie ist bei dem neuen Wahlrecht vollkommen ausgeschlossen. Auch der Zufall spielt kaum eine Rolle. Er kann einer Partei höchstens im ganzen Reich zusammen ein Mandat kosten, nämlich wenn ihr letzter Stimmenrest nur um ein weniges unter 60 000 bleibt. Auch die verwickelte Rechnung, mit der unter dem früheren Verhältniswahlrecht das Wahlrecht ermittelt werden mußte, fällt jetzt weg. Sobald eine Partei ihre Stimmenzahl kennt, erhält sie mittels einer einfachen Division durch 60 000 die Zahl ihrer Mandate. Stärkere oder schwächere Wahlbeteiligung in einem Kreise spielt nur insofern eine Rolle, als ein schwächer wählender Kreis auch weniger Vertreter bekommt.

Generalangriff der Rechten gegen die Nationalversammlung.

Neuwahlen im Herbst.

Ein großer Tag! Das merkt man am vollen Haus. Das merkt man an den dichtgefüllten Tribünen. Das merkt man besonders an jener unbestimmbaren Stimmung, die in der Luft liegt.

Erst erweist sich der „Unabhängige" Kunert wieder als der Mann, dessen Behauptungen zwar volltönend klingen, aber auf recht schwachen Füßen stehen. Auf so schwachen Füßen, daß ihm entgegnet wird: „Der § 31 der Geschäftsordnung des Reichstages geht davon aus, daß die Kleinen Anfragen den Tatsachen entsprechen." Ob es Kunert in der Folgezeit mit der Wahrheit genauer nimmt?

Graf Posadowsky-Wehner betritt das Rednerpult. Sie sind klug, die Herren von der Rechten, und schicken ihren Besten vor, dessen allgemein anerkannte, vornehme persönlichen Eigenschaften dazu dienen sollen, einen Schild zu bilden für die eigentlichen hochvornehmen konservativen Treiber und Schreier, wie sie im Hotel Adlon ja deutlich wieder einmal so echt „hochvornehm" sich gezeigt haben. In langer, scharfer Rede, in der alle Vorwürfe, die die deutschnationale Presse seit Monaten zusammengetragen hat, sich finden, greift der deutschnationale Redner die Nationalversammlung und ihr Werk an. Mit allen Gründen der Sophistik, mit dem schleunigst umgehängten Mantel der Demokratie, mit einem plötzlich entdeckten Herzen für die „echten Volksrechte", mit all dem Requisit erfahrener Parlamentarier und demagogischer Verhetzung versucht er darzutun, daß die Nationalversammlung längst überfällig sei. Woher, Ihr Herren von der Rechten, plötzlich dieser Ruf nach dem alleinig gültigen Urteil des Volkes? Woher diese übereifrige Betonung falsch ausgelegter Paragraphen der neuen Verfassung?

Genosse Hoch gibt die Antwort: Vorwand, heuchlerischer, niedriger Vorwand nur ist es, hinter dem eines steckt: die Angst vor der Demokratie, die Angst vor der Sozialisierung, die Angst vor der Revolution. Weil die Rechte fühlt — an den täglich eingebrachten Steuervorlagen deutlich und am wundesten Punkte fühlt, daß die Sozialdemokratie, auch wenn sie nicht alle ihre Parteiideale verwirklichen kann, es doch versteht, auch im Rahmen der Koalition entschiedene Schritte nach vorwärts zu tun, nach dem Ziel, das unverrückbar dasselbe ist: Einrichtung einer neuen Ordnung, darum, nur darum jetzt dieses Geschrei. Worum es sich handelt: um weitere Fortschritte in der eingeschlagenen Bahn des neuen sozialen Staates hintanzuhalten. Um zu versuchen, die alte Herrschaft des Kapitalismus wieder zu befestigen. Und, getragen von der geschickt angefachten und skrupellos betriebenen nationalistischen Propaganda, alle die bisherigen Erfolge der jungen Republik abzuwürgen. Darum und um noch viel mehr handelt es sich. Man träumt rechts bereits — wie blitzartig die Erwähnung der Notwendigkeit der Präsidentenwahl beweist — von einer Neueinführung der Monarchie, von einer Wiederaufrichtung der alten kaiserlichen kapitalistischen Herrschaft. In leidenschaftlichen Worten enthüllt Genosse Hoch diese geheimsten Gedanken und letzten Ziele, indem er mit Recht betont, daß solche Träume — Träume bleiben, daß sie aber gefährlich sind für unser Volk und unser verelendetes Land, das nur ein Ziel kennen muß: Wiederaufleben und neu erstehen, nicht mehr aber im alten äußerlichen Glanz falschen, unheilvollen Wesens, sondern in einer neuen Ordnung, darin es nur eines gibt: das Wohl der Allgemeinheit, verantwortungsvolle Mitarbeit für alle.

Was die übrigen Redner sagen, sagen müssen, ist klar. Rechts und ganz Links reichen sich die Hände, und die Mitte hält zusammen in der Abwehr des Gesamtangriffes der Unvernünftigen. Es klang wie das Finale eines tönenden, klangvollen Waldhorns, das seiner Kraft und ruhigen Sicherheit sich bewußt ist, als Genosse David endete: „Mögen die Herren von Rechts und ganz Links wissen, daß die Neuwahlen sie alle enttäuschen werden; es kommt weder die Monarchie, noch die Diktatur, sondern es bleibt siegreich die junge, demokratische Republik."

Die Abstimmung ergab Ablehnung des deutschnationalen Antrages auf Auflösung des Hauses zum ersten Mai.

Die überlange Sitzung wird noch nicht geschlossen. Und wenn man der vielen Arbeit denkt, die auf der einen Seite betont wurde, und wenn man der Vorwürfe der anderen denkt, daß die Nationalversammlung sich mit allerlei Unnötigem belaste, so ist es wie ein schlechter Scherz, daß das Haus noch Muße findet, einem lächerlichen Satirspiele sich zu widmen, hervorgerufen durch eine provokatorische Kranzniederlegung der einst demokratischen und jetzt so schwarz-weiß-rot gefärbten Frau Dr. Schirmacher am Denkmal Kaiser Wilhelms im Wandelgang des Reichstages. Hätten wir nicht einen so energischen Präsidenten wie Herrn Fehrenbach, so würde der alte Wilhelm bald im Schmuck einer schwarz-weiß-roten Schleife, bald in dem einer blutroten Jakobinermütze prangen.

Mittwoch widmet sich das Haus wieder ernster Arbeit. Auf der Tagesordnung stehen Steuergesetze.

* * *

Berlin, den 9. März 1920.

152. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Ministertisch: Koch, Noske, David, Schiffer, Müller.

Anfragen.

Abg. Kunert (Unabh. Soz.):: Im Kessel-Prozeß hat der Major Weber unter seinem Eide abgesagt, daß das für Marlohs Flucht nötige, durch Sammlungen aufgebrachte Geld von ihm selbst angewiesen worden sei, wobei er ausdrücklich erklärte, daß er unbedingt für die Ausführung des Fluchtplanes gewesen sei. Was gedenkt die Reichsregierung gegenüber einer solchen zugestandenen Gesetzesverletzung zu tun?

Da ein Regierungsvertreter zur Beantwortung nicht das Wort nimmt, ist die Anfrage erledigt. (Lebh. Zurufe bei den Unabh. Soz.)

Auf eine weitere Anfrage des Abg. Kunert (Unabh. Soz.) erklärt ein Regierungsvertreter, daß der Reichswehrminister nicht geäußert habe, daß der Marlohprozeß zurzeit aus gewissen Gründen nicht stattfinden dürfe, daß er ferner nicht gewußt habe, daß von einigen Reichswehrgruppenkommandos Summen zur Ermöglichung der Flucht Marlohs zur Verfügung gestellt worden seien. Ebenso sei unwahr, daß der Reichswehrminister zugestanden habe, sich über die Immunität der Abgeordneten gegebenenfalls hinwegzusetzen. Aus diesem Grunde erübrige sich ein weiteres Eingehen auch auf diese Frage.

Abg. Kunert (Unabh. Soz.) stellt die Ergänzungsfrage: Ist sich die Regierung bewußt, daß diese Antwort unzulänglich ist? Macht sie Sabotagesystem daraus, hier korrekt gestellte Anfragen nicht sachlich zu beantworten? Betrachtet es die Regierung als ihre Aufgabe, ohne Rücksicht auf die Verfassung und die Geschäftsordnung das Parlament zu verhöhnen?

Eine Antwort auf diese Ergänzungsfrage erfolgt nicht.

Weitere Ergänzungsfragen werden vom Präsidenten als nicht zum Gegenstand gehörig zurückgewiesen.

Auf eine Anfrage des Abg. von Graefe (DN.) erklärt ein Regierungsvertreter: Die Auflösung der Kadettenhäuser ist gemäß dem Friedensvertrag auf den 10. März verfügt worden.

Auf eine Anfrage des Abg. Deglerk (DN.) erklärt ein Regierungsvertreter: Der Hauptausschuß, der sich mit der Frage eingehend beschäftigt hat, hat mit großer Mehrheit die Verteilung zweier Schriften „Was ist in Deutschland geschehen?" und „Unsern heimkehrenden Brüdern" in den Durchgangslagern mit großer Mehrheit gewünscht. Die Schriften sind nicht parteipolitischer Art.

Auf eine Anfrage Dr. Becker-Hessen (DVP.) wird geantwortet: Der Uebergang von Grundbesitz in die Hand solcher Personen, die sich die gegenwertige Geldentwertung zunutze machen, hält dauernd weiter an. Es wird aber eine Verordnung vorbereitet, die ein Vorkaufsrecht für solche Grundstücke festsetzt, um sie der deutschen Volkswirtschaft zu erhalten.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Herrmann-Posen (Dem.) wird geantwortet: Die Lage des deutschen Zeitungsgewerbes ist Gegenstand eingehender Beratungen des Reichskabinetts gewesen. Es beschloß, zur Aufrechterhaltung der Presse zunächst für drei Monate monatlich 10 Millionen zur Verfügung zu stellen. Eine Aufhebung oder Ermäßigung der Anzeigensteuer kann nach den Mitteilungen des Reichsfinanzministeriums nicht in Frage kommen, die von der Post aufzuwendenden Betriebskosten für Zeitungsbeförderung weisen einen Fehlbetrag auf. Wegen der Telegraphen- und Fernsprechgebühren schweben Verhandlungen.

Auf eine Anfrage des Abg. Oberfohren (DN.) wird geantwortet: Tatsächlich werden entgegen dem Friedensvertrag, in der dritten schleswigschen Zone Bestrebungen gefördert, rein deutsches Gebiet in die Abstimmung einzubeziehen. Die Reichsregierung wird allen unzweifelhaft hochverräterischen Bestrebungen entgegentreten.

Auf eine Anfrage des Abg. Erkelenz (Dem.) lautet die Antwort: Die amtliche Preisstatistik der Lebensmittel ist für Dezember vorigen Jahres fertiggestellt. Immerhin ist diese Statistik mit gewisser Vorsicht zu gebrauchen und wird amtlich nachgeprüft. Interessenten erhalten Auskunft.

Auf die Anfrage desselben Abgeordneten wird erklärt: Die Versetzung von Orten aus unteren in höhere Teuerungsklassen beschäftigt die Regierung seit langem. Ein entsprechendes Gesetz beschäftigt den Reichsrat. Die Erhebungen werden fortgesetzt, bis einwandfreie Entscheidungen getroffen werden können.

Auf eine Anfrage des Abg. Deglerk (DN.) wird geantwortet: Die Mietsverträge, die die Reichspostverwaltung mit Privaten abschließt, werden nach den veränderten Zeitverhältnissen entsprechend erhöht.

Auf eine Anfrage des Abg. Schiele (DN.) erklärt die Regierung, daß sie die Versammlungsfreiheit schützen will.

Die Vorentschädigung für die Auslandsdeutschen — Anfrage des Abg. Dr. Runkel (Dem.) — wird mit möglichster Beschleunigung gezahlt werden.

Ueber die von den Beamten geforderte Erklärung, daß sie frei von Schulden sind — Anfrage des Abg. Steinkopf (Soz.) — hat die Regierung sich noch nicht schlüssig werden können.

Frau Röhl (Soz.): Die Aktiengesellschaft für Stickstoffwerke in Knapsack bei Köln hat die Erzeugung von Stickstoffdünger eingestellt und erzeugt statt dessen nur noch Karbid.

Ihr wird geantwortet, daß auf Grund der von der Regierung ergriffenen Maßnahmen die Stickstofferzeugung wieder in Gang gebracht ist; diese betrug im Februar etwa 1600 Tonnen und kann im März vermutlich auf 4000 Tonnen gesteigert werden.

Die Sicherung der Landbewirtschaftung — Anfrage des Abg. Wolff (Soz.) — wird durch die scharfe Anwendung der darüber bestehenden Verordnung so weit wie möglich gewährleistet. Die Nutzungsentziehung ist auf Gund dieser Verordnung im Jahre 1919 in 218 Fällen zur Anwendung gebracht worden. Darunter waren 86 Fälle unter einem Hektar, 55 Fälle von 1 bis 5 Hektar, 46 Fälle von 6 bis 20 Hektar, 14 Fälle von 20 bis 50 Hektar und 17 Fälle von über 50 Hektar, diese mit insgesamt 2518,5 Hektar, alle zusammen mit 3600 Hektar. Auf Grund der Verordnung wird auch ein beschränkter Anbauzwang ausgeführt.

Es folgt die Beratung des Antrages Arnstadt (DN.) und Dr. Heintze (DVP.), der dahin geht, die Regierung um Mitteilung darüber zu ersuchen, welche Gesetzentwürfe sie der Nationalversammlung noch vor ihrer Auflösung vorzulegen gedenkt, und ferner fordert, die Entwürfe zum Reichstagswahlgesetz, zum Wahlgesetz für den Reichspräsidenten und das Gesetz über Volksentscheid und Volksbegehren mit größter Beschleunigung vorzunehmen. Ferner fordert der Antrag von der Nationalversammlung, sich vom 1. Mai 1920 ab für aufgelöst zu erklären. Zu dem Antrag liegt ein Antrag auf namentliche Abstimmung vor.

Abg. Graf Posadowsky (DN.): Die Nationalversammlung war bestimmt, die Verfassung zu schaffen, ferner die dringendsten Uebergangsverordnungen, das Wahlgesetz für den Reichstag und das Wahlgesetz für das Reichsoberhaupt. Statt dessen tagen wir seit fünf Vierteljahren und wissen nicht, wie lange die Versammlung noch zusammen bleiben soll. Dieser Zustand ist unmöglich. Das Volk will ihn nicht länger dulden. (Zurufe und Unruhe links.) Unser Antrag ist nicht parteipolitisch (Zurufe links: Na, na!), sondern staats- und verfassungsrechtlich. (Sehr wahr! rechts.) Wir sind nicht gewillt, uns in das Krankenbett der jetzigen Regierung zu legen; eine Regierung zu bilden, sind wir zu schwach. **Aber in den weitesten Kreisen unseres Volkes besteht eine Schiebung nach rechts.** (Heiterkeit und Zurufe: Schiebung!) Das hat der Reichskanzler in einem Interview des „Pester Lloyd" selbst anerkannt. Im Volk besteht das Mißtrauen, daß die Absicht dahin ging, die Nationalversammlung an die Stelle des ersten Reichstages treten zu lassen. (Hört, hört!) Dieses Mißtrauen wird verstärkt durch die Gesetzfabrikation, wie sie von der Regierung beliebt wird. Ohne dringliche politische und sachliche Notwendigkeit sind uns Gesetze vorgelegt worden, die nach meiner Ansicht die irregeleiteten Massen beruhigen sollen. Hierzu rechne ich das Sozialisierungsgesetz, die übereilte Einführung des Achtstundentages, das Besitzsteuergesetz, die erst 1923 in Kraft treten soll, und das Schulgesetz, das so tief in das Erziehungsrecht der Eltern in einer geradezu brutalen Weise eingreift. (Lebh. Zustimmung rechts. — Widerspruch und Unruhe links.) **Man will eben von den „revolutionären Errungenschaften" noch so viel als möglich in die Scheuern bringen.** Notwendige, dringende Gesetze sind dagegen hintangestellt worden, so das Reichstagswahlgesetz, das Wahlgesetz für den Reichspräsidenten. Besteht die Absicht, aus parteipolitischen Gründen die Verfassung zu ändern und den Präsidenten nicht durch das deutsche Volk, sondern durch die Nationalversammlung wählen zu lassen? (Zurufe: Jawohl!) Ist das Ihre Verfassungstreue? Das Gesetz über die Verreichlichung der Eisenbahnen, das dem deutschen Reiche Milliarden kostet, wird auch noch über die Bühne gehen. Diese Sorte von Gesetzesmacherei ist weiter nichts, **als Regierungsabsolutismus eingekleidet in parlamentarische Form.** (Sehr richtig! rechts. Unruhe links.) Wir wollen wissen, welches Arbeitspensum uns noch bevorsteht, und wie lange wir noch die Verantwortung vor unseren Wählern tragen sollen. (Sehr gut! rechts. Unruhe und Rufe bei der Mehrheit.) Mit unserem Antrage vertreten wir den demokratischen Gedanken. (Große Heiterkeit bei der Mehrheit.) Sie aber vertreten den Herrenstand. (Erneute schallende Heiterkeit bei der Mehrheit.) Dem Volk muß Gelegenheit gegeben werden, endlich in gesetzlicher Form sein Urteil über die Arbeitsleistung der Nationalversammlung abzugeben. (Sehr richtig! rechts.) Es geht eine tiefe innere Erregung durch unser Volk, und auch die Regierung müßte ein Interesse daran haben, dieser Erregung ein Ventil zu schaffen. Wir sind bereit, in der Nationalversammlung noch das Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten, die Beamtenbesoldungsordnung und einen Notetat zu erledigen. Diese Arbeiten können aber bis zum 1. Mai beendet sein, und dann könnten die Wahlen im Juli, zwischen Heuernte und Körnerernte, stattfinden, also zu einem für die Landwirtschaft günstigeren Termine, als im Oktober. Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß wir noch in der Nationalversammlung den ersten Friedensetat beraten können. Wir werden dabei viele Kulturaufgaben zurückstellen, vor allem aber das gewaltige, kostspielige Beamtenheer sehr wesentlich einschränken müssen. Ein Sachverständiger sagte mir, es wären in der Eisenbahnverwaltung 100 000 Angestellte verfügbar, und trotzdem seien im letzten Jahre noch 50 000 neue eingestellt worden. (Hört hört!) Draußen ist der **Revolutionstaumel verflogen,** und man erkennt, welche neue Freiheit das neue Reich dem Volke beschert hat. (Sehr gut! rechts.) Der jetzt bestehende Belagerungszustand kann nicht als Einwand gegen unseren Antrag vorgebracht werden. Gewiß spielen sich jetzt bedauerliche Vorgänge ab. (Zurufe links: Bei Adlon!) Glauben Sie denn, daß ich die Vorgänge bei Adlon irgendwie billige? (Rufe: Sie nicht, aber Ihre Freunde!) In manchen Versammlungen gilt nicht die Stärke der Gründe, sondern die Stärke des Knüppels. (Zurufe: Der Kunzeknüppel, organisierte Versammlungssprengung!) Diese Zustände werden es vielleicht möglich machen, daß die Neuwahlen überhaupt unter dem Belagerungszustand stattfinden. Wenn die feindliche Besetzung wirklich in den besetzten Gebieten die Reichstagswahl verhindern sollte, so wird das dadurch gestörte Nationalgefühl bei der Volksabstimmung zu unseren Gunsten wirken. Wir werden alle parlamentarischen Mittel anwenden, damit endlich die Stimme des deutschen Volkes gehört wird. (Beifall rechts.)

Reichsminister des Innern Koch: Es ist gewiß erwünscht, die Arbeiten der Nationalversammlung möglichst bald zum Abschluß zu bringen. Wenn der Vorredner sagt, daß die Nationalversammlung in der heutigen Zusammensetzung nicht mehr die Stimme des Volkes darstellt, so ist das ein unverwüstliches Kriegszeug jeder Opposition, und im neuen Reichstage wird äußerlich schon nach der Wahl die Minderheit erklären, daß sie allein berufen wäre, den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen. (Zuruf rechts: Da sind wir die Mehrheit! — Heiterkeit links.) Der Vorredner ist im alten Reichstag fortwährend für Verlängerung der Legislaturperiode eingetreten. (Lebhafte Zustimmung links.) Mit Entschiedenheit verwahre ich mich gegen die Unterstellung, daß wir die Wahlen so lange aufschieben wollen, bis wir eine Wahlgeometrie gefunden haben, die die Rechte ausschaltet. Die Zeiten, wo das Reichsamt des Innern der Herd einer ungerechten Wahlkreiseinteilung gewesen ist, sind längst vorüber, und sie werden nicht wiederkommen. (Lebhafter Beifall links.) Wir haben in keiner Weise die Absicht, die Opposition aus dem Reichstage auszuschließen. Allerdings muß sie sich ihrer Verantwortung bewußt sein. Wir haben keinen in parlamentarische Formen eingekleideten Regierungsabsolutismus! Es ist vielmehr der Vorzug des parlamentarischen Systems, daß die Gesetze von vornherein so in Uebereinstimmung mit den Mehrheitsparteien vorbereitet werden, daß große Niederlagen der Regierung, wie im alten Parlament, nicht mehr möglich sind. (Zurufe rechts: Südekum.) Wenn die Regierung sich über einen bestimmten Wahltermin nicht äußern konnte, so lag das daran, **daß die Arbeiten der Nationalversammlung noch nicht abgeschlossen waren.** Wir konnten doch die Erledigung der Auslieferungsfrage, die mit dem Friedensschluß zusammenhängt, nicht als böse Erbschaft dem neuen Reichstage überlassen. Die Steuergesetzgebung ist auch vom Abg. Rießer ausdrücklich als Aufgabe der Nationalversammlung bezeichnet worden. Die Steuerreform neigt sich nunmehr dem Ende zu, und jetzt haben wir einen Ueberblick über das Arbeitspensum der Nationalversammlung. **Während der Erntezeit sind Reichstagswahlen unmöglich.** Vor der Ernte sind sie aber aus nationalen Gesichtspunkten unmöglich, denn fünf Gebietsteile sind noch vom Feinde besetzt. Selbst wenn die feindliche Besetzung die Wahlen zuläßt, so können wir es nicht verantworten, daß durch die Wahlagitation die nationale Einheitsfront zerstört und so der günstige Ausgang der Volksabstimmung gefährdet wird. (Sehr richtig! links.) **In allen Gebieten, mit Ausnahme von Oberschlesien, wird die Volksabstimmung im Herbste erledigt sein.** Darum muß die Regierung den Herbst als Wahltermin vorschlagen und nicht das Frühjahr. Es wäre auch sehr wünschenswert, daß **die Kriegsgefangenen vollzählig an den Wahlen teilnehmen können;** das wird im Herbst möglich sein, nicht aber im Frühjahr. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Im allgemeinen hat die Nationalversammlung stets ein schnelles Tempo innegehalten. Es ist unbedingt nötig und möglich, den Rest der Vorlagen, die die verfassunggebende Nationalversammlung noch erledigen muß, abzuschließen. Unter allen Umständen muß das Reichswahlgesetz, dessen Vorlegung in Kürze erfolgt, noch durch die verfassunggebende Nationalversammlung erledigt werden. Die Nationalversammlung würde ihre Pflicht verletzen, wenn sie es zuließe, daß der neue Reichstag auf Grund eines provisorischen, nicht sorgfältig durchgearbeiteten Wahlgesetzes zusammenkommt. Da ich Anfang Oktober mein Ministerium übernommen habe, habe ich dieses Wahlgesetz innerhalb 5 Monaten verhandlungsfähig gemacht. Während zum Beispiel das preußische Wahlgesetz, das am 1. Oktober 1908 in Aussicht gestellt wurde, erst im Februar 1918 vorgelegt worden ist, obwohl es sich dabei nur um ganz kleine Reformen handelte. (Große Heiterkeit. — Lebhafte Zustimmung.) Das neue Wahlgesetz, das durch die Oktoberbotschaft am 7. April 1917 angekündigt wurde, wurde erst am 26. November 1917 vorgelegt und war erst am 24. Oktober 1918 fertig. Die Beratungen des Wahlgesetzes werden den April und den Anfang Mai in Anspruch nehmen. Unbedingt erledigt werden müssen auch noch die Gesetze über den **Volksentscheid** und die **Präsidentenwahl.** Erforderlich ist ferner die **Verabschiedung des neuen Wehrgesetzes** und des **Reichseisenbahngesetzes,** ferner das Gesetz über den vorläufigen **Reichswirtschaftsrat** und über das **Schlichtungsverfahren.** Auch das **Beamtenbesoldungsgesetz** und das **Gesetz über die Beamtenausschüsse** müssen erledigt werden. Auch die **Liquidierung der furchtbaren Erbschaft des Krieges** muß noch vorgenommen werden, namentlich die **Neuregelung der Bezüge der Kriegsbeschädigten und der Kriegshinterbliebenen,** das Gesetz über die aus ihrer Heimat Verdrängten und die Vorlage über die **Auslandsdeutschen,** ferner das **Reichsausgleichsgesetz über die Auslandsforderungen und Auslandsguthaben.** Verzichten kann die Regierung ferner nicht auf Vorlagen, die mit der auswärtigen Lage in den nächsten Monaten auf Grund des Friedensvertrages zusammenhängen. Versucht werden soll, noch das **Jugendwohlfahrtsgesetz** und das Gesetz über die **Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten** vorzulegen. Auch die **Papier- und Holzbewirtschaftung** müssen noch durch die Nationalversammlung geregelt werden. Auf das neue **Schul- und Justizgesetz** wird die Regierung ebenfalls nicht leichten Herzens verzichten. Alle diese Aufgaben lassen sich nicht in einem überstürzten Galopptempo erledigen. (Unruhe rechts. — Zustimmung links.) **Die Neuwahlen sollen unmittelbar nach der Ernte stattfinden, also im Oktober oder November.** (Unruhe rechts.) Eine künftige Zeit wird gerechter über die Nationalversammlung urteilen, als es jetzt geschieht. (Anhaltender wiederholter Beifall.)

Reichsverkehrsminister Dr. Bell: Sollten die Angaben des Grafen Posadowsky richtig sein, dann würde ich sie unbedingt bedauern. Heute gehört das Eisenbahnwesen ja noch zur Zuständigkeit der Länder. Die Regierung würde es für unverantwortlich halten, die Verabschiedung der Vorlage über die Verreichlichung der Eisenbahnen zum 1. April nicht zu ermöglichen.

Abg. Hoch (Soz.): Es ist auffällig und beleuchtet den deutschnationalen Antrag, daß der Sprecher fast nur über den dritten Punkt, die Auflösung der Nationalversammlung zum 1. Mai, gesprochen hat. Wollen Sie, meine Herren Antragsteller, etwa Ihre Versprechungen nicht halten, die Sie den Kriegshinterbliebenen, den Invaliden usw. gegeben haben? Sie haben immer in Ihren Versammlungen Abhilfe und sofortige Erledigung versprochen, und ohne Einnahmen ist dies nicht möglich. Jetzt aber wenden Sie sich so energisch gegen die Verabschiedung der Steuergesetze. Nun hat Herr Posadowsky festgestellt, daß der Antrag der Rechten aus der Verfassungsbestimmung herausgewachsen sei. **Auch wir denken nicht daran, die Nationalversammlung auch nur eine Minute länger beisammenzuhalten, als unbedingt nötig.** Für die Behauptung aber, daß wir jeden Antrag erwogen oder gar gestellt hätten, daß die Nationalversammlung sich zum ersten Reichstag ernennen wolle, fordern wir noch den Beweis. Wenn Sie ihn nicht geben können, so erkläre ich den Verbreiter einer solchen Behauptung entweder für einen gewissenlosen Schwätzer, oder für einen Verleumder. (Sehr richtig! links. Unruhe rechts.) In unserer Fraktion ist niemals über einen solchen Antrag, über eine solche Absicht gesprochen worden; wir wollen der Nationalversammlung nur die Aufgabe zuweisen, und haben dies von jeher betont, die Verfassung und die allernotwendigsten Gesetze zu verabschieden. Aber die Verfassung, namentlich ihr wirtschaftspolitischer Teil, ist noch lange nicht beendet: Betriebsräte, Beamtenräte usw. harren alle noch der Erledigung. Ich bedauere es im höchsten Maße, daß es uns leider nicht möglich ist, auch noch die Reform des Strafgesetzwesens zu bearbeiten. Denn je schneller wir den jetzigen Zustand, der längst schon dem Rechtsgefühl weiter Kreise Hohn spricht, ein Ende machen, desto besser ist es. (Sehr richtig!) **Das könnte Ihnen passen (zu den Deutschnationalen), wenn wir Ihnen einen Schutzwall aufrichten würden, damit alles beim alten bleibe.** Nein, wir haben die Verpflichtung, eine neue Ordnung zum Sieg zu führen, und niemals bei irgend einer Revolution gelang dies so gut, wie bei uns. In Ihren Reihen, Herr Posadowsky, sitzen Männer, die jahrelang als Minister in ihren Aemtern gesessen haben, und was haben Sie geleistet? Nichts, nichts, gar nichts. (Sehr richtig! links.) **Alles verschleppt haben Sie, jedem Fortschritt Hindernisse in den Weg gelegt.** Das war Ihre Tätigkeit. Jetzt aber verlangen Sie, daß alles in wenigen Monaten erledigt ist. Die neue Ordnung ist leider noch nicht da. Eine unvollkommene Ahnung davon ist es erst, weil **durch Ihre und Ihrer Klassengenossen Wirtschaft die neue Ordnung sabotiert und zugrunde gerichtet wird,** wo es irgend geht. (Sehr richtig! links. Lebhafter Widerspruch rechts.) **Gerade die Kreise, die heute der Nationalversammlung vorwerfen, sie wolle nicht von ihrem Platze weichen, das sind dieselben, die nie von ihrem Platze wegginge, auch wenn es das Volk noch so sehr verlangte; muß ich an die Kämpfe um** das Dreiklassenwahlrecht erinnern? Muß ich erinnern, wie krampfhaft sie sich während des Krieges an der Macht hielten, obwohl das Volk längst es müde war und sich aufbäumte? Daß Sie nicht unsere Verantwortung übernehmen wollen, glauben wir; denn dann werden Sie lernen müssen, wie die heutigen bürgerlichen Koalitionsparteien, die auch gelernt haben, nicht immer zur Freude ihrer Wähler. Das Gefühl der Gemeinsamkeit, der Verantwortung, das ist es, was fehlt. Das aber muß herrschend werden, um herauszukommen aus dem Elend, in dem wir stecken, stecken durch Ihre Schuld. (Sehr richtig!) Und wenn Sie da den Fall Adlon betrachten? Und dieser Fall ist kein vereinzelter, wie schier jede deutschnationale Versammlung beweist, wo die Hetzreden halten, **die Christenliebe auf den Lippen haben und im Herzen Heuchelei.** Und nun die Sozialisierungsgesetze! Ich bedauere es nur, daß die traurige Lage, in der wir uns befinden, es noch nicht möglich macht, sie in ganz andere Weise durchzuführen, als es geschieht. Denn was jetzt geschehen ist, ist nur etwas völlig ungenügendes und meiner Freunde Streben ist es, daß wir auf diesem Wege weiter kommen, der zu einer vollkommenen echten Sozialisierung führt. Wir sind nicht damit einverstanden, daß die Neuwahlen weiter als zum Herbst verschoben werden. Und was die Angst der Rechten anbetrifft, daß sie vielleicht unter dem Ausnahmezustand abgehalten werden müssen, so glauben wir, daß daran mehr die Parteien der Rechten, als die der Linken schuld daran tragen würden. Wenn sie die Offiziere, die bewaffnet Versammlungen sprengen, wenn sie die deutschnationalen Radaubrüder die Folgen tragen lassen, wie andere Menschen, dann werden die Wahlen nicht unter dem Belagerungszustand vor sich gehen müssen, sondern in voller Freiheit. Wir können und werden unseren Wählern Rede und Antwort über die Tätigkeit der Nationalversammlung stehen, Rede und Antwort, die ein anderes Echo finden wird, als die Rechte es glaubt. (Lebhaftes sich wiederholendes Bravo!)

Minister Koch: Die Gesetze zur Neuordnung der Staaten werden der Nationalversammlung vorgelegt werden. Ob sie noch verabschiedet werden, hängt von der Arbeit bezw. von der Tagungsdauer der Nationalversammlung ab.

Abg. Trimborn (Z.): Unsere Fraktion hat sich einstimmig — und das kommt bei einer so großen Fraktion sehr selten vor (Heiterkeit) — **gegen eine Auflösung der Nationalversammlung** zum 1. Mai entschieden. Die Nationalversammlung hat das verfassungsmäßige Recht, ihr Ende selber zu bestimmen.

Abg. Brodauf (Dem.): Wir kleben nicht am Mandat. Die notwendigen Aufgaben müssen aber erledigt werden. **Es ist nicht wahr, daß die Rechte jetzt im Volke die Mehrheit hat;** nicht dort, wo der größte Lärm gemacht wird, ist die Mehrheit. (Sehr wahr!) Die Mehrheit des Volkes wird gerecht die Fülle von Arbeiten würdigen, die von der Koalition geleistet worden ist.

Abg. Henke (Unabh.): Herr Posadowsky sprach davon, daß die Regierung möglichst viele revolutionäre Errungenschaften in die Scheuer bringen wolle. Ach nein, wir haben die Regierung zahlreiche gegenrevolutionäre Handlungen begehen sehen. Gibt sie doch sogar den Achtstundenpreis preis. Wir wollen schleunige Neuwahlen und werden deshalb für den Antrag der Rechten stimmen. Wir werden schon mit dem Wahlergebnis zufrieden sein können. (Beifall bei den Unabh.)

Reichsminister Dr. David: Wenn die „Unabhängigen" mit der Rechten für den vorzeitigen Schluß der Nationalversammlung eintreten, so wünschen sie auch, daß so wichtige Gesetze wie das Beamtenbesoldungsgesetz und das Kriegsbeschädigtengesetz, ferner die wirtschaftsorganisatorische Gesetzgebung, aufgeschoben wird. (Lebhafte Zurufe bei den Unabh.: Kann fertig gemacht werden!) Wir werden ja sehen, wie weit wir kommen. Die „Unabhängigen" wollen der Regierung möglichst bald einen Denkzettel geben, weil sie der Reaktion Vorschub geleistet habe. Neben der Aufrechterhaltung der Blockade durch die Entente usw. haben **die „Unabhängigen" und ihre kommunistischen Freunde das beste dazu beigetragen, daß der Weizen der Reaktion blüht.** So stößt die Wiederbelebung unserer Produktion immer und immmer wieder auf Schwierigkeiten. Sie (zu den „Unabhängigen") wollen ja eben eine Herrschaft der Minderheit, eine Diktatur. Dadurch ist die Arbeit der Koalition außerordentlich gehemmt und erschwert worden. Gewalttaten sind angewendet. Darauf mußte die Regierung, wenn auch schweren Herzens, mit dem Ausnahmezustand antworten. **Wenn so viele Leute in Schutzhaft sitzen, so sind Sie selbst schuld daran.** Stellen Sie sich auf den Boden der Verfassung, dann werden Sie sich frei bewegen können. (Lärm bei den Unabhängigen.) Was es mit dem Vorwurf auf sich hat, die Regierung sei die Sachwalterin des Kapitalismus, beweist die tägliche Preßhetze, die von den rechten Parteien ausgeht. Ich weise also die Angriffe des Vorredners zurück. Die Nationalversammlung hat rasche und gute Arbeit gemacht. Die Rechte wie die „Unabhängigen" sollen sich keiner übermäßigen Hoffnung hingeben, es bleibt auch nach den Neuwahlen bei Republik und Demokratie. (Lebh. Beifall.)

Abg. Henke (Unabh.): Meine Partei hat die Diktatur nicht auf ihre Fahne geschrieben; die Partei des Dr. David aber übt sie aus.

Abg. Heintze (DVP.): Wir haben unseren Antrag nicht aus parteipolitischen Gründen eingebracht, und finden es unerhört, wie man mit der Person des Grafen Posadowsky derart beleidigende Aeußerungen verbinden kann, wie der Abgeordnete Henke es tat. Die Nationalversammlung ist zu einem ganz bestimmten Zweck gewählt, nämlich dazu, dem Reiche eine Verfassung zu geben. Sie hat diesen Zweck erfüllt und muß die Folgerung daraus ziehen. (Lebhafter Beifall rechts.) Der Einsicht, notwendige Gesetze, wie die Abfindung der geschädigten Auslandsdeutschen, zu erledigen, verschließen wir uns nicht, aber für die neuen Aufgaben, die zu lösen sind, muß ein neues Parlament berufen werden, das frei ist von Dissonanz mit dem Volkswillen, wie das bei der heutigen Nationalversammlung der Fall ist. (Lebhafter Beifall rechts.)

Minister Koch: Den Konsequenzen, die das Volk aus unserem Verhalten ziehen wird, sehen wir mit Ruhe entgegen. (Beifall.)

Nach verschiedenen persönlichen Bemerkungen werden die beiden ersten Punkte des Antrages, erstens, alsbald mitzuteilen, welche Gesetzentwürfe die Regierung der Nationalversammlung noch vorzulegen gedenkt, zweitens, die Entwürfe zum Reichstagswahlgesetz zum Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten und zur Gesetz über Volksentscheid allermöglichst zu beschleunigen, mit großer Mehrheit angenommen. Die Abstimmung über Punkt drei: die Nationalversammlung wolle sich ab 1. Mai 1920 für aufgelöst erklären, erfolgt namentlich und ergibt **Ablehnung des Antrages mit 176 gegen 60 Stimmen bei 3 Enthaltungen.**

Bei Festsetzung der Tagesordnung beantragt Abg. Cohn (US.) als ersten Punkt der morgigen Sitzung eine allgemeine Aussprache über die Befugnisse der einzelnen Mitglieder des Hauses gegenüber der durch den Präsidenten zu beschützenden Hausverwaltung. Anlaß gab die durch Frau Dr. Schirrmacher (DN.) betätigte Niederlegung eines Kranzes mit schwarz-weiß-roter Schleife am Kaiser-Wilhelm-Denkmal in der Wandelhalle des Reichstages.

Präsident Fehrenbach erklärt, daß ihm der Vorfall erst spät abends bekannt geworden sei, sonst hätte er schon früher eingegriffen, da eine derartige Kundgebung, namentlich in den von der republikanischen Reichsflagge abweichenden deutsch-nationalen Parteifarben, unter keinen Umständen angängig sei.

In der darauf folgenden kurzen Aussprache, in der Frau Dr. Schirrmacher betonte, daß sie diese Farben auch im Auslande stets getragen habe, erwiderte ein „Unabhängiger", daß er, falls solche Kundgebungen nicht verhindert würden, was am besten durch Entfernung des Standbildes geschähe, er für sich und seine Fraktion in Anspruch nehmen würde, dem Standbild eine rote Ballonmütze aufzusetzen. (Lebhafte Pfuirufe rechts!)

Präsident Fehrenbach verweist nochmals darauf, daß er alle derartigen Kundgebungen, von welcher Seite sie auch kommen, zu verhindern wissen werde. — Die Deutschnationalen möchten bei ihrer Vaterlandsliebe die Vernunft walten lassen, was sie, — wie

ein Fall in den jüngsten Tagen beweist — nicht immer tun, und ferner auf die Gefühle der republikanischen Mitglieder des Hauses dieselben Rücksichten nehmen, die sie für sich in Anspruch nehmen.

Es bleibt bei der vom Präsidenten vorgeschlagenen Tagesordnung: Nächste Sitzung, Mittwoch, den 10. März 1920, 1 Uhr, Besitzsteuer, Kapitalertragssteuer, dritte Lesungen.

Schluß 8 Uhr.

Gegen die Verwilderung des öffentlichen Lebens.

Schutz den fremden Missionen!

Die deutsche Regierung erläßt folgenden Aufruf: In den letzten Tagen mehren sich die Fälle, daß Mitglieder der fremden Missionen, die auf Grund und in Ausführung des Friedensvertrages in deutschen Städten sich aufhalten, zum Gegenstand wörtlicher und tätlicher Angriffe gemacht werden. Die Reichsregierung warnt aufs eindringlichste vor dieser Verwilderung des öffentlichen Lebens, die mit Vaterlandsliebe nichts zu tun hat, und nur schwersten Schädigung des Vaterlandes führen kann. Es ist selbstverständliche Pflicht jedes Deutschen den fremden Missionsmitgliedern gegenüber Zurückhaltung und Würde zu bewahren. **Jede andere Haltung kann unabsehbare Verwicklungen heraufbeschwören und die Gesamtheit für die Entgleisungen einzelner büßen lassen.** Der Reichswehrminister wird mit äußerster Schärfe gegen militärische Ausschreitungen sich wenden, welche fremden Offizieren in Ausführung ihrer Amtsobliegenheiten in den Weg treten. Die Reichsregierung wird ebensowenig zögern, zivile Verstöße gegen Sitte und Volksinteresse schonungslos zu ahnden. Sie denkt nicht daran, ihre Politik durch Radaupatriotismus durchkreuzen zu lassen, der auf Kosten des gesamten Volkes sein häßliches und gefährliches Spiel treibt. Szenen, wie wir sie in den letzten Tagen erlebten, können nur bewirken, daß die wenigen Stimmen in den außerdeutschen Ländern auch noch verstummen, die sich nach und nach zum Sprecher für unsere Not und unser Recht gemacht haben.

Die Reichsregierung: gez Bauer, Reichskanzler.

Prinz Joachim Albrecht verbleibt in Schutzhaft.

Der Antrag auf Erlaß eines richterlichen Haftbefehls gegen den Prinzen Joachim Albrecht von Preußen und Rittmeister von Platen ist vom Amtsgericht abgelehnt worden, weil angeblich Verdunkelungsgefahr und Fluchtverdacht nicht vorliegen, die Schutzhaft dagegen bleibt aufrecht erhalten. Die Anklage wird auf Beleidigung und versuchte Nötigung lauten.

Frankreich lehnt den russischen Frieden ab.

Die Straßburger „Neue Ztg." berichtet aus Paris, daß sich der Kammerausschuß für Auswärtiges mit allen gegen drei Stimmen gegen die Wiederherstellung des Friedenszustandes Frankreichs mit dem bolschewistischen Rußland ausgesprochen habe.

Die französischen Abänderungen zum Wirtschaftsmanifest angenommen.

Wie Pariser Blätter melden, haben England und Italien die Abänderungen Millerands zum Wirtschaftsmanifest angenommen. Der endgültig festgesetzte Text soll nach dem „Echo de Paris" alsbald veröffentlicht werden. Der „Matin" meldet, daß in dem Wirtschaftsmanifest die Stelle über die **Anleihe an Deutschland unterdrückt** worden sei.

Die Urteile von Lille aufgehoben.

Die „Preß Information" meldet aus Paris: Durch einen Beschluß des Obersten französischen Gerichtshofes sollen die in den letzten Monaten gegen mehrere deutsche Staatsangehörige in Lille ausgesprochenen Urteile aufgehoben werden. Die Verurteilten bleiben jedoch vorläufig in Haft, bis weitere Entscheidungen der französischen Regierung getroffen sind.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Erzbergers Steuerangelegenheit.

Die Untersuchung in der Steuerangelegenheit des Reichsministers der Finanzen Erzberger ist auf Grund der Zeitungsberichte über den Prozeß Erzberger—Helfferich und der Angaben in dem in der Sonntagsausgabe der „Hamburger Nachrichten" vom 22. Februar erschienenen Artikel vom Landesfinanzamt Charlottenburg mit der größten Gründlichkeit und Beschleunigung geführt worden. Obwohl die Untersuchung in einem Nebenpunkte noch nicht abgeschlossen ist, kann doch schon heute festgestellt werden, daß der Reichsfinanzminister in seiner Steuererklärung **keine wissentlich falsche Angaben mit der Absicht der Steuerhinterziehung gemacht hat.** Das endgültige Ergebnis wird in den allernächsten Tagen bekanntgegeben werden.

Des Lehramts für unwürdig erklärt.

Der akademische Senat der Universität Berlin hat sich mit den bekannten Vorgängen im Kolleg des Professors Nikolai beschäftigt und seine Entscheidung dahin gefällt, daß Professor Nikolai nicht würdig sei, seine Lehrtätigkeit an der Universität fortzusetzen. Der ordnungswidrige Eingriff der Studierenden in die Lehrfreiheit wird aufs schärfste gerügt. Die Hauptunterlage des Spruches des Senats bildet das im Jahre 1916 in der Schweiz erschienene Buch des Prof. Nikolai „Die Biologie des Krieges". Ferner wird der Vorwurf der Fahnenflucht als Begründung angegeben. Nikolai war seinerzeit, als er zum Militär eingezogen werden sollte, im Flugzeug nach Dänemark geflohen, was von der Studentenschaft als Fahnenflucht aufgefaßt wird.

Ein wildernder französischer Soldat erschossen.

In dem Dorfe Wernitz in der Mark trieben in letzter Zeit Wilderer ihr Unwesen. Die Bauern, die Waldgerechtsame besitzen, legten sich auf die Lauer und bemerkten Montag nachmittag eine Anzahl Jäger, die auf der Feldmark dem Waidwerk oblagen. Sie nahmen einen Teil der Leute fest, und es stellte sich heraus, daß es Angehörige der französischen Ueberwachungskommission für Flugwesen in Charlottenburg waren. Vier wurden verhaftet. Zwei andere sind flüchtig, während einer beim Entlaufen erschossen wurde. Der Tote ist der Soldat Rene Jaumoulet. Das Auswärtige Amt antwortete auf die Anfrage des Gemeindevorstehers in Wernitz, daß die Leiche des erschossenen Franzosen einstweilen in behördlichen Gewahrsam zu nehmen sei. Die übrigen französischen Soldaten sind nach ihrer protokollarischen Vernehmung entlassen worden. Der Inhalt der empfangenen Meldung ist vom Auswärtigen Amt sofort dem französischen Geschäftsträger in Berlin übermittelt worden. Die Wilderer waren mit einem Auto nach Wernitz gekommen. Die Untersuchung hat egeben, daß die gleichen Soldaten auch am Sonntag mit Auto zum Wildern in die Mark gefahren waren.

Kleine politische Nachrichten.

Wie aus Warschau berichtet wird, ist die polnische Regierung entschlossen, mit der russischen Sowjetregierung Friedensverhandlungen einzuleiten.

Der dänische und der schweizerische Gesandte teilten dem Generalsekretär des Völkerbundes den **offiziellen Beitritt Dänemarks und der Schweiz zum Völkerbund mit.**

Lloyd George stellte jede Erwägung der englischen Regierung über den **Verkauf der westindischen Inseln an die Vereinigten Staaten in Abrede.**

Die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich ist bis auf die Kranken und Zurückgehaltenen beendet.

Die Hauptkadettenanstalt Groß-Lichterfelde ist gemäß dem Friedensvertrag geschlossen worden.

Die belgische Regierung hat der Jahresklasse 1920 mitgeteilt, daß sie sich **für die Einberufung bereitzuhalten habe.** Die „Times" bemerken dazu, daß dieser Schritt **gegen den § 65 des Friedensvertrages von Neuilly verstoße,** indem bestimmt wird, daß in Belgien die Dienstpflicht abgeschafft sei.

Ungarn.

Politischer Mord oder Racheakt?

Von einer der ungarischen Regierung nahestehenden Seite wird behauptet, daß wegen **Ermordung des Schriftleiters Somogy und des Dichters Baczo** vier Offiziere und zwei Zivilisten verhaftet worden sind. Einer von ihnen erklärt, daß er aus Rache über die **Ermordung seines Vaters durch die Kommunisten** zu seiner Tat veranlaßt worden sei.

Mähren.

Proteststreik im Ostrauer Kohlenrevier.

In einer Reihe von Gruben im Revier von Mährisch-Ostrau ist abermals ein Streik ausgebrochen. Die Mißstimmung der Bergarbeiterschaft richtet sich gegen die von der Ententekommission in Teschen in sechs Gemeinden angeordnete Aufhebung der bisher bestandenen Verwaltungskommissionen. Auf den Schächten der österreichischen alpinen Montangesellschaft hißten die Bergarbeiter die rote Fahne. Gegen mißliebige Aufseher und Beamten kam es zu lebhaften Kundgebungen.

Holland.

Die erste Frau in der Ersten Kammer.

Nach dem „Berliner Lokal-Anz." wurde bei einer von den Provinzialständen von Nordholland vorgenommenen Ersatzwahl für ein verstorbenes Mitglied der Ersten Kammer Frau Kothwist mit 34 gegen 32 Stimmen gewählt. Damit zieht zum ersten Male eine Frau in die Erste holländische Kammer ein.

Portugal.

Staatsbeamtenstreik in Lissabon.

Ein Telegramm aus Lissabon meldet, daß alle öffentlichen Betriebe infolge des Ausstandes der Staatsbeamten stilliegen.

Schweden.

Ein rein sozialdemokratisches Ministerium.

Branting hat dem König folgende endgültige Ministerliste vorgelegt: Premierminister Branting, Minister des Aeußern Staatsrat Palmstjerna, Justizminister Staatsrat Unden, Kriegsminister Hanssson, Marineminister Eriksson, Zivilminister Svensson, Finanzminister Thorsson, Unterrichtsminister Staatsrat Olsson, Landwirtschaftsminister Reichstagsmitglied Nilsson, Staatssekretäre Sandger und Rothi, Minister ohne Portefeuille. Das Ministerium ist rein sozialdemokratisch.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 10. März.

Verbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrags. Der Verband Lübecker Kleinhandelsvereine, der Konsumverein für Lübeck und Umgegend und sonstige Lübecker Arbeitgeberverbände, ferner der Gewerkschaftsbund der Kaufmännischen Angestelltenverbände, der Gewerkschaftsbund der Angestellten und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbande haben beantragt, den zwischen ihnen am 23. Dezember 1919 abgeschlossenen Tarifvertrag an Stelle des allgemein verbindlichen Tarifvertrages vom 16. Juni 1919 zur Regelung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen der kaufmännischen Angestellten gemäß § 2 der Verordnung vom 29. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) für das Gebiet des Stadtbezirks Lübeck mit eingemeindeten Vororten für allgemein verbindlich zu erklären. Einwendungen gegen diesen Antrag können bis zum 20. März 1920 erhoben werden und sind unter Nr. I B R 2504 an das Reichsarbeitsministerium, Berlin, Luisenstraße 33, zu richten.

Ausgabe von Koks an Kriegsgefangene. Das Landesversorgungsamt hat im Einvernehmen mit dem Wohlfahrtsamt beschlossen, die Restbestände des im Januar abgegebenen verbilligten Koks den jetzt aus französischer Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden Kriegsgefangenen zur Verfügung zu stellen. Da es sich nur um verhältnismäßig geringe Vorräte handelt, kann für die Abgabe auch nur ein beschränkter Personenkreis in Frage kommen: es darf daher erwartet werden, daß Kriegsgefangene, die nach Lage ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht auf den Bezug der verbilligten Feuerung angewiesen sind, den Koks Bedürftigeren überlassen; auch ist den Bezugsberechtigten zu raten, sich pünktlich an den festgesetzten Tagen zu melden, da eine nachträgliche Ausgabe von Bezugsausweisen nicht möglich sein wird. Alles Nähere ergibt die amtliche Bekanntmachung in der heutigen Nummer.

Vermißt wird seit einigen Tagen der bei seinen Eltern in der Loignystraße 13 wohnhafte 12jährige Schüler Karl Wulfram. Der Vermißte, der sich hier planlos in der Stadt umhertreiben dürfte, ist bekleidet mit grauem Jackett, brauner Hose und Holzschuhen. Er ist mittelgroß, hat dunkles Haar und volles Gesicht.

Einfuhrbewilligung. In Nr. 56 des Deutschen Reichsanzeigers vom 6. März d. J. befindet sich eine Zusammenstellung der ohne besondere Einfuhrbewilligung zur Einfuhr zugelassenen Waren, die für Interessenten in der Kanzlei der Handelskammer, Breite Straße 6, zur Einsichtnahme ausliegt.

Ermittelt und festgenommen wurde ein an der Wakenitzmauer wohnhafter Arbeiter und ein Arbeiter aus dem Behrendgang, die gemeinschaftlich in der Warendorpstraße einen Einbruchsdiebstahl ausgeführt hatten, bei dem ihnen div. Lebensmittel in die Hände gefallen waren. — Festgenommen wurde ein Händler aus Rössel, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Hehlerei steckbrieflich verfolgt wurde. Der Festgenommene hatte seinerzeit drei Fässer Oel, die am Hafen gestohlen waren, von den Dieben gekauft und verschoben.

Einiguter Fang. Bei einer Hotelrevision wurden heute morgen der Kaufmann Willi Kurzweg, geb. am 7. 8. 94 in Landsberg und der Maurer John August Adolf Dreyer, geb. am 28. 2. 1892 in Hamburg, festgenommen, weil sie sich in dem Hotel unter ihnen nicht zukommenden Namen eingetragen und in ihrem Besitz eine größere Menge goldene Ringe mit verschiedenen Steinen, Trauringe, Ohrringe, Vorsteckknadeln und Uhren, zum Teil wertvolle Doppeldeckeluhren gefunden wurden. Die Festgenommenen geben an, die bei ihnen gefundenen Sachen von einem Unbekannten in Hamburg gekauft zu haben. Offenbar rühren die Sachen von einem Einbruchsdiebstahl aus einem Gold- und Uhrwarengeschäft her. Es steht zu vermuten, daß die Festgenommenen selber den Einbruchsdiebstahl ausgeführt haben. Ueber den Geschädigten ist hier noch nichts bekannt. Das Diebesgut wurde den Festgenommenen abgenommen und wird in der Kriminal-Polizei aufbewahrt. Personen, die sachdienliche Angaben über die Herkunft der Sachen machen können, werden ersucht, sich in dem Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Diebstähle. Aus einer im alten Güterschuppen eingerichteten Wohnung ist vom Sonntag bis Dienstag eine goldene Uhr mit Kette gestohlen worden. Auf der Uhr befindet sich das Monogramm F. G. Der Geschädigte sichert für die Wiederherbeischaffung der Uhr mit Kette eine Belohnung von 100 Mk. — Einem hiesigen Tierarzt sind eine größere Menge Tierarzneimittel gestohlen worden. Vor dem Ankauf wird gewarnt. — Aus einem Zimmer des Steuerbureaus wurde ein braunkarierter Musteranzug und aus einem Hause an der Untertrave ein Zeiß-Prismenglas Nr. 1012305 gestohlen.

Schlutup. Eine Auto-Omnibus-Verbindung wird von der Kraft-Omnibusgesellschaft m. b. H. Nordmark zwischen Rehna, Schönberg und Schlutup errichtet. Die regelmäßigen Fahrten, die in nächster Zeit beginnen, sind den ankommenden und abfahrenden Zügen in Schönberg angepaßt. Auf den Zwischenstationen Löwitzer Mühle, Roduchelsdorf, Rabensdorf und Selmsdorf wird gehalten. Die ganze Fahrt von Rehna bis Schönberg ist auf 8 Mk. und von Schönberg bis Schlutup ebenfalls auf 8 Mk. festgesetzt.

Angrenzende Gebiete.

Flensburg. Die Friesländer wollen deutsch bleiben. Eine Friesenabordnung von der Westküste und den Inseln sprach bei der Internationalen Kommission vor, um der Forderung Ausdruck zu geben, daß Friesland ganz ungeteilt bei Deutschland bleibt.

Flensburg. Des Flaggenverbots wegen haben sämtliche deutschen Berater bei der Internationalen Kommission, darunter der demokratische Abgeordnete Michelsen ihre Vertrauensämter niedergelegt.

Bremen. Bremen ohne Zeitungen. Eine Dienstag abgehaltene öffentliche Buchdruckerversammlung beschloß, da die Prinzipale eine Lohnerhöhung abgelehnt hatten, mit großer Mehrheit Mittwoch in den Streik zu treten. Die Zeitungen werden infolgedessen nicht erscheinen.

Neueste Nachrichten.

Ein Aufruf der gewerkschaftlichen Internationale.

TU. Aus dem Haag, 10. März. **Aus Paris wird gemeldet: Die Sekretäre des Internationalen Bureaus der Fachverbände, Oudegeest und Simmon- veröffentlichten eine Kundgebung, in der der Wunsch ausgesprochen wird, daß der Kriegszustand zwischen den Völkern endlich für immer einem Friedenszustand Platz macht. Die Rüstungskosten können nicht länger auf der Welt lasten. Die Rohstoffe müssen international verteilt und der Grundstein zu einem internationalen Austauschhandel gelegt werden. Die Hungersnot in Mitteleuropa und die Greuel in Ungarn müssen ein Ende nehmen.**

Wilson gegen Lodges Vorbehalte.

TU. Amsterdam, 10. März. Die „Times" melden aus Washington, daß Wilson allen Versuchen, ihn zur Annahme der Lodges-Vorbehalte zu bewegen und eine Aenderung in der Ratifikationsfrage zu finden, unveränderten Widerstand entgegensetzt.

Textilarbeiterstreik in Belgien.

TU. Paris, 10. März. Aus Lille läßt sich der „Matin" melden: Die Delegierten der belgischen Textilarbeiter-Syndikate haben für Donnerstag Streikbefehl gegeben, der 60 000 Textilarbeiter umfaßt.

Friedensangebot Sowjet-Rußlands auch an Japan und die Vereinigten Staaten.

TU. London, 10. März. Bonar Law teilte im Unterhause mit, daß die Sowjet-Regierung kürzlich auch den Regierungen von Japan und den Vereinigten Staaten Friedensangebote gemacht habe.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

3 Hennenküken zu verk.
Angebote unter S M an die Exp. d. Bl. (2713

Zu verk. Spiegel m. Schrank, Bettst., gr. Oelgemälde, 2 Bilder, D.-Stiefel, Gr. 38. (2673 Westhoffstraße 29. III.

Sofatisch geg. guterhalt. Klappsportwagen m. Verdeck zu tauschen gesucht. 2724 Koller, Chasotstr. 6.

Zu kaufen ges. e. Waschkessel, Wäscheleine, Zink- od. Holzwanne. Angeb. m. Pr. u. K W 23 an d. Exp. (2690

Durch Feuer gesch. Kriegerwitwe sucht gradlehn. Sofa und 4 Stühle zu kaufen. 2723) Ludwigstr. 70 I.

Gut erhaltener
Kinderwagen
zu kauf. ges. Ang. u. T F 14 a. d. Exp. d. Bl. (2722

1 Gaslampe u. Bettzeug z. kauf. ges. Ang. u. M M 100 a. d. Exp. d. Bl. (2729

Trauring verl. gez. Auguste Gerber 16. 11. 1913. Find. w. geb. dens. g. Bel. abzug. 2698) Hopp, Segebergstr. 22.

Die Beleidigung, die ich gegen Herrn F. Westphal, Genin, ausgesprochen habe, nehm. ich hierm. zurück. (2688 H. Pütter, Fischergr. 57.

Wäsche zum Ausbessern w. angenommen 2721) Hartengr. 38, II., r.

Bettnässen!
Befreiung sofort.
Alter u. Geschlecht angeben.
Auskunft umsonst.
Willberger & Co.,
2682) Stuttgart A 299.

Steckzwiebeln,
Gemüsedünger,
Gemüsesamen (2697
empf. Scheim & Wege.

Wilhelm Wigger,
Masseur, 2699
Sadowastraße 26.
Gewissenhafte Behandlung.

Achtung!
Vorsicht beim Verkauf von Gebissen.
Zahle den
höchsten
Tageskurs
für
alte Gebisse,
Platin, Brennstifte, altes Gold und Silber,
z. B. Ketten, Ringe, Löffel, Gabeln usw., alte Taschenuhren, wenn auch nicht gangbar, ausländische Münzen.
Willi Westfehling
32 Holstenstraße 32

Umtausch von Kinderfleischkarten.

Vom **Donnerstag, dem 11. März** ab findet der **Umtausch der Fleischkarten** für Kinder vom ersten bis vierten Lebensjahre statt, und zwar werden gegen Abgabe der für die Zeit vom 15. März bis 11. April 1920 gültigen Kinderfleischkarte Bezugsausweise für

2 Pfd. Haferflocken z. Preise v. 92 Pfg. für 1 Pfd
1½ „ Kindernahrung „ „ 65 „ „ ½-Pfd.-Paket und
2 Dosen kondensierte Milch „ 3.50 für 1 Dose
ausgegeben.

Der Umtausch findet nur in der Zeit vom Donnerstag, dem 11. bis einschließlich Sonnabend, den 20. März werktäglich von 9—2 Uhr in der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle. Breite Straße 65, I., **Zimmer 3**, statt. Später werden diese Karten nicht mehr umgetauscht.

Für neugeborene Kinder findet der Umtausch obiger Fleischkarte bis zum 11. April 1920 in der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle. Breite Straße 65, I., Zimmer 1, statt.

Geburtsausweis, sowie der Ausweis zum Bezuge von Lebensmitteln sind vorzulegen.

Fleischkarten, auf welche bereits Fleisch entnommen ist, werden nicht angenommen.

Lübeck, den 10. März 1920. (2706

Das Landesversorgungsamt.

Zucker zur Bienenfütterung.

Im lübeckischen Staatsgebiet wohnhafte Imker, die an der Verteilung von Zucker zur Fütterung ihrer Bienen berücksichtigt werden wollen, werden hiermit aufgefordert, einen entsprechenden **schriftlichen** Antrag unter Angabe der Zahl der **überwinterten** Bienenvölker **spätestens am Mittwoch, dem 17. ds. Mts.** bei der Geschäftsstelle des Landesversorgungsamtes, Breite Straße 65, I., Zimmer 1, einzureichen.

Alle Imker, die dem
Bienenzuchtverein für Lübeck und Umgegend
oder dem
Lübecker Bienenzuchtverein von 1884
angehören, sind von dieser Anmeldung befreit.

Lübeck den 10. März 1920. (2707

Das Landesversorgungsamt.

Bekanntmachung.

Als Annahmestellen, bei denen die zur Entrichtung der Kriegsabgaben an Zahlungs Statt hinzugebenden Schuldverschreibungen oder Schatzanweisungen der Kriegsanleihen des Deutschen Reichs einzureichen sind, kommen in Betracht:

für das Gebiet der Freien und Hansestadt Lübeck:
1. die Reichsbankstelle in Lübeck,
2. die Stadtkasse in Lübeck,

für das Gebiet der Provinz Lübeck:
1. die Amtskasse in Schwartau,
2. die Landeskasse in Eutin,
3. die Stadtkasse in Eutin,

für das Gebiet des Landes Ratzeburg:
die Rentei in Neu-Strelitz.

Lübeck, den 3. März 1920. (2705

Das Landesfinanzamt, Abt. Ia.

Bekanntmachung.

Für die Verteilung von Holz auf Marken ist vom Landesversorgungsamt das Lager der Firma Possehls Eisen- u. Kohlenhandel auf der Wallhalbinsel mit vorgesehen. Die Ausgabe von diesem Platze erfolgt ab heute.

Lübeck, den 9. März 1920. (2595

Das Landesversorgungsamt.

Landesvorstand. Eutin, den 4. März 1920.

Es wird wiederholt bekannt gemacht, daß alle
notgeschlachteten Tiere
an **W. Strahlendorf**, Eutin und die
Häute aus diesen Schlachtungen
an die Firma **Sander (Grantz Nachfolger)**, Eutin, abzuliefern sind.
2715) **Willms.**

Am Montag, dem 8. d. M. starb unser langjähriger Mitarbeiter, der Heizer (2718

Johann Hintz

im Alter von 65 Jahren. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten der Nordd. Bürstenfabrik Schacht & Co.

Für die vielen Gratulationen und Aufmerksamkeiten zur Hochzeit sagen herzlichen Dank **Carl Bohnsack** 2700) u. **Frau, geb. Schulz.**

Verspätet.

Am Sonntagabd. entschlief plötzlich u. unerwartet nach schwerem Leiden unser aller Liebling **Werner.** In tiefer Trauer **Familie Voigt,** Wakenitzstraße 35/20. (2727

Gesucht ein 14—15jähr.
Junge. (2716
Vorstmann, Malkendorf

Zimmer m. Küche, Keller u. Boden gegen 2-Zimmer-Wohnung zu verm. Angeb. u. Z. St. 3 an die Exp (2719

Kl. 3-Zimmer-Wohn. m. Gas geg. e. größere 3-Zim.-Wohnung, evt. auch große 2-Zimmer-Wohnung zu tauschen gesucht. 2687 Näh. Margaretenstr. 47 e, I.

Zu verk. ein P. Damenstiefel 38, e. Paar Arbeits-Damenschuhe 38. (2691 Steinrade 15 II.

Ein neues Bettsto z. verk. 2720) Wallhoffstr. 3 pt.

Ein gr. 2türiger Kleiderschrank zu verk. (2681 Engelsgrube 20.

Bekanntmachung.

Durch Beschluß der Generalversammlung vom 1. März 1920 ist die Auflösung der **Lübecker Vereinsbrauerei**, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in **Lübeck**, beschlossen und sind zu Liquidatoren die bisherigen Vorstandsmitglieder Privatmann **Johann Wulf**, Brauereidirektor **Bernhard Jeltner**, beide zu **Lübeck**, und Privatmann **Hermann Hoffmann** zu **Cleverbrück** gewählt. Die Gläubiger der Genossenschaft werden hierdurch aufgefordert, sich bei der Genossenschaft, Moislinger Allee 222, zu melden.

Lübeck, d. 6. März 1920.

Lübecker Vereinsbrauerei
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Die Liquidatoren:
Bernhard Jeltner.
Joh. Wulf.
H. Hoffmann. (2711

Gr. 2tür. Kleiderschrank, 2.40×1.30, u. neue reinlein. Damenbeinkleider zu verk. oder zu vertauschen. 2702 **Seeretz**, Dorfstr. 15.

Starke m. Schnure, Gr. 27, 12 Mk., neu. schw. garn. Frauenhut 25 Mk. (2689 Ziegelstraße 121., I.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Ortsgruppe Schlutup.

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, 11. März abends 7½ Uhr
im Lokale „Gasthof zur Linde" (Saborowski).

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. **Vortrag** des Genossen **Dreger** über „Die politische Lage".
3. Innere Vereinsangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert zahlreiches Erscheinen der Genossen.
2696 **Der Vorstand.**

Versammlung

des
Matthäi-Gemeinde-Vereins
am Freitag, d. 12. März abends 7½ Uhr
in der Schule am Mayenquardplatz.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist notwendig. Sämtliche Mitglieder der Kirchengemeinde sind freundlichst eingeladen.
2698) **Der Vorstand.**

Stadthallen-Lichtspiele

Das größte und modernste Lichtspiel-Theater am Platze.
Mühlenbrücke 18. Fernruf 8749.

Nur noch 2 Tage

Nachtasyl

Bilder aus der Tiefe in 1 Vorspiel u. 5 Akten nach Motiven von **Maxim Gorki.**

Das Ende vom Lied
Drama a. d. Artistenleben in 3 Akten

Die Brautnacht im Walde
Lustspiel in 3 Akten.

Keine erhöhten Preise! — Aufführungszeiten: 4—7 u. 7—10 Uhr. 2712

General-Versammlung

der
Kreditbank Lübeck
e. G. m. b. H.
heute, Mittwoch, 10. März 1920, abds. 7 Uhr, im Hause der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit, Königstraße 5. (2686

Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Genehmigung der Gewinn- und Verlustrechnung, der Bilanz u. Entlastung des Vorstandes.
3. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinns.
4. Wahlen zum Aufsichtsrat.
5. Wahl der Einschätzungskommission.
6. Erhöhung der Geschäftsanteile.
7. Erhöhung der Haftsumme.
8. Erhöhung der Eintrittsgelder für 2. und 3. Geschäftsanteile.
9. Bericht über die im Dezember 1919 stattgefundene Revision durch den Verbandsrevisor.
10. Beschlußfassung über das Ruhegehalt des Direktors.

Der Aufsichtsrat der Kreditbank Lübeck,
e. G. m. b. H.
H. Hoffmann, Vorsitzender

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Versammlung

der
Former und Gießereiarbeiter
am Donnerstag, dem 11. März abends 6 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
Bericht von der Former-Konferenz.
2725) Die Ortsverwaltung.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei

Ortsgruppe Lübeck. Bureau: Fleischhauerstr. 8.

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, dem 11. März 1920, abends 7 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
1. Die wirtschaftliche Anarchie.
2. Abrechnung.
3. Parteiangelegenheiten.

2695 **Der Vorstand.**

Fuhren jeder Art übernimmt
F. W. Tietz, Pelzerstr. 24.
Fernruf 943. 2703

Bruchbänder, Leibbinden, künstl. Glieder, Gummiwaren, chirg. Artikel, Verbandstoffe
Dr. med. H. Woltermann & Cie.
Beckergr. 2. **Lübeck.** Haus Opera.
Lieferant der Krankenkassen.
Damenbedienung.
Für die von uns angefertigten Bruchbänder übernehmen wir für guten Sitz und sichere Zurückhaltung auch der schwersten Brüche jede Garantie. 2676

Adlershorst. Jeden Donnerstag: **Tanz** 2677

Kammer-Lichtspiele

Königstr. 25.

Eröffnung Freitag 12. März 1920

Erstklassige Filme. Vollend. Vorführung.
Künstlerische Musikbegleitung.
Größte Bequemlichkeiten. (2684
Bestausgestatteter Erfrischungsraum.
Angemessene Eintrittspreise.

Ausschuß für Volkskonzerte.

6. Volkskonzert

am Donnerstag, dem 11. März, abends 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Mitwirkung: **Orchester d. Vereins d. Musikfreunde**
Solist: **Jani Szanto** (Violine).
Karten 1.00 Mk. bei **E. Robert.** 2688

Fledermaus

Fünfhausen 17/19. **Fernsprecher 842.**
Allabendlich 8—12 Uhr: (2718
Das sensationelle März-Programm.

3 Hellas 3
griechische Gladiatoren in höchster Vollendung.
Georg Neumüller, bayrischer Komiker.
Zera Zobel, moderne Tanzschöpfung.
Elvira Largeth, humorist. Soubrette.
James und Gaby, mondänes Tanzpaar.
2 Mexitas, exotischer mimischer Sketsch.
Jaincziks, Produktionen auf künstl. Eisbahn.
Guido Herper, d. phänomenale Heldenbariton.
2 Orchester: Leitung **Simon de Weille.**
Täglich 4-Uhr-Tee Auftreten d. Künstler Weille-Konzert.

Vereinigung jgr. Bühnen-Liebhaber
Mitglied d. Reichsbundes f. Volksbühnenspiele, e. V.

König Drosselbart

am Donnerstag, dem 11. März,
im Kolosseum.
Eintritt Mk. 3.—, 2.— (numeriert), 1.— (unnum.)
Anfang 7½ Uhr. **Schüler-Ermäßigung.**
Vorverkauf in der Musikalienhandlung **Ernst Robert**, Breite Straße.
2714 **Der Vorstand.**

Konzerthaus Flora.

Jeden Donnerstag:
TANZ
Anfang 6½ Uhr. (2679) Max Siems.

Gesellschaftshaus
Weisser Engel
Ratzeburg. Allee 29, Endstation d. Linie 1
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Gr. Ballmusik.
Anf. Sonntags 4½, Donnerstag 6½ Uhr. 2678

Achtung!
Seeleute
Donnerstag, d. 11. März, abends 7 Uhr
Mitglieder Versammlung
im Lokale **W. Palm.** Untertrave 47.
2716 **Seemannsbund.**

Deutscher
Bauarbeiter-Verbd.
Zahlstelle Schwartau.

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, dem 13. März abends 7½ Uhr
im Vereinslokal in Rensefeld.

Tagesordnung:
1. Das Betriebsrätegesetz und dessen Anwendung im Baugewerbe.
2. Statutenberatung u. Anträge zum Verbandstag.
3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen unbedingt notwendig.
2717 **Der Vorstand.**

Moorgarten

Sonntag, dem 14. März
Tanzkränzchen. 2726
im „**Wachholderkrug**".
Hierzu ladet freundl. ein **Johannes Wiggers.**

Gesellschaftshaus Pockenhof.
Morgen Donnerstag: (2676
Gr. Tanzkränzchen.
Anf. 6 Uhr. **F. Westfehling.**

Hansa-Theater

2692
Mittwoch, Donnerstag, Freitag:
Das
Musikantenmädel.
Operette von Georg Jarno.

Stadttheater Lübeck

(2701
Mittwoch, den 10. März
23. Vorst. im Mittw.-Abonn.
Anfang 7 Uhr.
Robert Guiskard.
Ein Fragment
von Heinrich von Kleist
Der zerbrochene Krug.
Lustspiel in einem Akt
von Heinrich von Kleist.

Donnerstag, den 11. März
Schauspielgemeinde.
Grüne Karten.
Alkestis.

Freitag, den 12. März
Anfang 6 Uhr.
Sondereintritt Mk. 1, 2 u. 3.
Rang 50 Pfg.
Vortrag: Falstaff
von Kapellmeister **Karl Mannstaedt.**
Anfang 7 Uhr
24. Vorst. im Freit.-Abonn.
Falstaff.

Sonnabend, den 13. März:
Die Fledermaus.

Beilage zu Nr. 59.
27. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Mittwoch, den 10. März 1920

Neue Erhöhung der Mitgliederbeiträge im deutschen Metallarbeiterverband.

Der neue (unabhängige) Zentralvorstand des Metallarbeiterverbandes wird in den nächsten Tagen an die Mitglieder mit der Forderung herantreten, die Beiträge pro Woche um eine Mark zu erhöhen. Mit den Lokalzuschlägen würde dadurch der Gesamtbeitrag für die maßgebende erste Beitragsklasse wöchentlich etwa drei bis vier Mark betragen. Zu diesen Forderungen wird uns aus den Kreisen der organisierten Metallarbeiter geschrieben:

Die letzte ordentliche Generalversammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes im Herbst 1919 hat beschlossen, die Beitragsgelder in allen Klassen zu erhöhen, zum Beispiel in der maßgebenden ersten Klasse, welche die männlichen, über 18 Jahre alten Mitglieder umfaßt, von wöchentlich 70 Pfg. auf 1,20 Mk. Ganz allgemein bestand bei der Mitgliedschaft die Ueberzeugung, daß man mit dieser Beitragserhöhung und den angesammelten beträchtlichen Verbandsmitteln ein gut Stück Wegs auf dem gewerkschaftlichen Kampf- und Arbeitsfeld werde zurücklegen können. Umso berechtigter war aber diese Auffassung, als die Anerkennung der Gleichberechtigung der Gewerkschaften in den Arbeitsgemeinschaften gegeben war. Also brauchten die um dieses Zieles willen früher geführten schweren Kämpfe zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum künftig nicht mehr ausgefochten zu werden! Die Macht des Metallarbeiterverbandes mußte sowohl in den Arbeitsgemeinschaften, wie bei allen Wirtschaftsstreitigkeiten außerordentlich bedeutend wirken. Die meisten Kämpfe hätten sich durch die Arbeitsgemeinschaft schiedlich austragen lassen, und wenn es einmal zum notwendigen Kampf gekommen wäre, hätte der Verband riesenstark dagestanden. Jedenfalls konnte der deutsche Metallarbeiterverband in der Arbeitsgemeinschaft ebenso angesehen wie gefürchtet dastehen, seinen Mitgliedern schwere Opfer ersparen und sich selbst zum Mitverwalter aller großen Lebensfragen der Metallindustrie machen. Ohne seine entscheidende Mitwirkung hätte hier nichts mehr geschehen können.

Aber die erwähnte Generalversammlung, geführt vom neuen Vorstand der Räteschwärmer und beherrscht vom Geiste eines unklaren Radikalismus, lehnte die Arbeitsgemeinschaft ab. Der neue Vorstand machte für den Verband den unglaublich gescheiten Schlachtruf zur Losung: Kampf um des Kampfes willen! So kamen denn die Dinge, wie sie logischerweise aus solcher Taktik kommen mußten. Ueberall schwere opferreiche Streiks! So in Berlin, Danzig, Elbing, Solingen, Thüringen. Alle diese Kämpfe haben nach wochenlangen hingebungsvollem Ringen nicht den von der Arbeiterschaft erstrebten Erfolg gebracht. Soweit sie gewerkschaftlichen Zielen gewidmet waren, wäre durch die Arbeitsgemeinschaft den Metallarbeitern sicherlich ein besserer Erfolg beschieden gewesen. Aber in den Vordergrund der Streiks traten nicht gewerkschaftliche, sondern politische Zwecke. Der Berliner Metallarbeiterstreik war zwar noch vom alten Vorstand zur Erreichung besserer Lohnbedingungen genehmigt worden, wurde aber in seinem Verlaufe von der Berliner „Führung" zu einer ausschließlich politischen Aktion im Sinne der Kommunisten und Unabhängigen gemacht. Obwohl es auch dem neuen Vorstand dabei recht unbehaglich wurde, fand er doch nicht den Mut, mit Entschiedenheit einzugreifen und den Metallarbeiterverband vor der Katastrophe zu bewahren. Ein schüchterner Versuch, abzuwinken, brachte den neuen Vorstand sofort in den Verdacht, daß er seine vielversprechenden Worte nicht in die Tat umsetzen wolle. So ließ er die unfähige Berliner Streikleitung ruhig wursteln: die Geister, die er gerufen hatte, wurde er nicht mehr los. Allein in Berlin wurden über zwanzig Millionen Mark in leichtsinnigster Weise für kommunistische und „unabhängige" Hirngespinste verpulvert. Gelder, die nicht von den neugebackenen Allerweltstreiklern, sondern von den alten Gewerkschaftlern gespart waren. Weitere zehn Millionen sind in den übrigen Streikorten verlan worden, wobei das Verbandsstatut nicht immer beobachtet worden ist. **In kurzer Zeit wurden also 30 Millionen fast ohne jeglichen Erfolg hinausgeworfen.** Wohl bemerkt, dreißig Millionen, die der Verband früher mit klügerer Taktik bei einem niedrigen Beitrag angesammelt hatte! Dreißig Millionen, die stets eine Mahnung an das Gewissen der Unternehmer waren, berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft stattzugeben. Dadurch wurde der deutsche Metallarbeiterverband seiner gewaltigsten Waffe beraubt. Auch der neue Vorstand sieht das jetzt wohl ein. Zu spät! Der Aderlaß hat seine Wirkung bereits getan: der Verband ist in einen bedauerlichen Schwächezustand versetzt.

Diesen Schwächezustand will der Vorstand nun durch eine neue Erhöhung der Beiträge beseitigen. Betrug die Erhöhung im Herbst 1919 in der ersten Klasse 50 Pfg., so diesmal eine Mark. Der Beitrag soll von 1,20 auf 2,20 Mk. in der Woche steigen; ähnlich in den weniger wichtigen Klassen zwei und drei. Dazu kommen dann noch die Lokalzuschläge. Die Zustimmung der Mitglieder will der Vorstand durch eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung erschleichen. Auf der letzten Generalversammlung erklärte er sie noch für eine Angelegenheit des Staates und der Gemeinden, welche die Gewerkschaften nichts anginge. Jetzt soll sie als Köder für die Beitragserhöhung dienen. Welcher Zwiespalt, welche Inkonsequenz! Der Vorstand sagt ferner in einem Rundschreiben an die Verbandsmitglieder, der Beitrag sei vor dem Kriege 70 Pfg., also 1½facher Stundenlohn, gewesen, und der neugeforderte Beitrag sei niedriger als ein Stundenlohn. Aber der 70-Pfennig-Beitrag bestand nicht nur vor dem Kriege, sondern bis zum 1. Oktober 1919. Hat der Vorstand das übersehen oder vergessen? Der Vorstand weist ferner auf das Verbandsorgan, das gegenwärtig jährlich 6 Millionen erfordert. Für eine gute Fachzeitung wäre auch das nicht zu viel. Aber für diese Metallarbeiterzeitung der Räteutopie wäre den Mitgliedern eine viel kleinere Ausgabe schon zu hoch.

Die Erwerbslosenunterstützung soll in der ersten Klasse um fünf Mark, in der zweiten Klasse um 3,75 Mk., in der dritten Klasse um 2,50 Mk. erhöht werden, würde also nach 52 Wochen Mitgliedschaft von 6 bis 17 Mark die Woche betragen. Die Streik- und Gemaßregelten-Unterstützung soll in den einzelnen Klassen von 30 auf 36, von 18 auf 22,50, von 12 auf 15 Mark gesteigert werden. Eine Gewerkschaft, deren Arbeiten und Kämpfe einzig nud allein von wirtschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt wird, könnte von den Mitgliedern größte Opfer fordern. Im Metallarbeiterverband wird es aber für die Mitglieder, die nicht zu den „Unabhängigen" und Kommunisten gehören, allerschwerste Ueberwindung kosten, dem Vorstand größere Mittel zu bewilligen. Müssen sie doch das niederdrückende Gefühl haben, daß diese Mittel zum Kampf gegen ihre eigenen politischen Anschauungen mißbraucht werden, um durch fortdauernde Wirtschaftskämpfe überradikalen Tendenzen zum Sieg zu verhelfen. Vom 19. bis 22. März soll eine Urabstimmung über die Vorstandsanträge entscheiden. Werden sie abgelehnt, bliebe nur noch eine außerordentliche Generalversammlung zur Entscheidung übrig. Dunkel ist daher für den Metallarbeiterverband die Zukunft geworden.

Die Regierung als Schützerin von Mördern.

Deutschnationale und „Unabhängige", in aller Demagogie gleich, werfen beide der Regierung u. a. auch vor, daß sie Mörder unter ihren Schutz nimmt und ihre Verbrechen verschleiert. Zum festen Bestand des deutschnationalen Agitationsmaterials gegen die Regierung gehört hierbei besonders die Ermordung des Stadtkommandanten von Kiel, Kapitän z. S. Heine, der in der Nacht zum 6. November 1918 in seiner Wohnung von einer Patrouille, die ihn verhaften wollte, erschossen wurde. Die „Deutsche Tageszeitung" kommt immer wieder auf diese „ungesühnte Revolutionsschandtat" zurück und wirft ein über das anderemal der Regierung absichtliche Verschleierung vor. Wie sehr aber, und mit welchem Erfolg gerade die Sozialdemokratie während der Revolution bemüht war, derartige terroristische Ausschreitungen zu verhindern, beweist aufs neue folgendes Schreiben, das Genosse Bernhard Rausch zum Fall des Kapitäns Heine an das Kommandantur-Gericht Kiel gerichtet hat:

An das Kommandantur-Gericht, Kiel.

Zu den schwebenden Ermittlungen über die Erschießung des Stadtkommandanten Kapitän z. S. Heine in Kiel in der Nacht vom 5. zum 6 November 1918, von denen ich durch die Presse Kenntnis erhalten habe, teile ich nachstehendes als Beitrag zur weiteren Aufklärung über die Tat mit:

Am Abend des 5. November 1918, an dem die Erregung in Kiel ihren Höhepunkt erreicht hatte, begab ich mich in meiner damaligen Eigenschaft als Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" in das Gewerkschaftshaus. Dieses war plötzlich zu einer lauten Kaserne geworden, in der es von bewaffneten Matrosen wimmelte. In den Gängen und auf den Zimmern lagen Waffen und Munition umher. Die Unordnung und das erregte Durcheinander bestärkten mich in der Ueberzeugung, daß rasch und energisch eingegriffen werden mußte, um üblen Elementen keine Gelegenheit zu lassen, die anarchischen Zustände auszunutzen.

Es wurde mir im Gewerkschaftshaus von Matrosen gesagt, daß sich in einem Zimmer des ersten Stockes der Soldatenrat befände. Da mir jedoch bekannt war, daß sich der am vorhergehenden Tage gebildete sogenannte Oberste Soldatenrat zu jener Zeit dort nicht befinden konnte, vermutete ich eine eigenmächtige Anmaßung Unberufener, was sich bestätigte.

Beim Betreten des mir bezeichneten Zimmers fand ich hinter einem in der Mitte des Raumes stehenden Tisches einige — nach meiner Erinnerung drei — unbewaffnete Matrosen vor, die sich als Angehörige des Soldatenrates bezeichneten, und einige bewaffnete Matrosen, die sich für Patrouillendienste bereit hielten. Ich gab mich als Redakteur des sozialdemokratischen Blattes zu erkennen und fragte, was dort vorginge. Darauf wurde mir eine Liste mit den Namen von etwa zehn Personen gezeigt, die noch in der Nacht verhaftet werden sollten. Eine Patrouille, so sagte man mir, wäre bereits unterwegs, und man war gerade dabei, weitere fortzuschicken. Ich überflog die Liste nur flüchtig und erinnere mich deshalb an keinen einzelnen Namen. Auf meine Frage, woher die Matrosen das Recht herleiteten, sich als Mitglieder des Soldatenrates zu bezeichnen und Verhaftungen vorzunehmen, erhielt ich unklare, ausweichende Antworten, dagegen trat ein bewaffneter Matrose mit einem Revolver auf mich zu und fragte nach meiner Legitimation. Ich wies ihn kurz ab und herrschte die Matrosen mit großer Heftigkeit an. Ich erklärte ihnen, daß die Eigenmächtigkeiten, die sie sich herausnehmen, streng verboten wären, daß jeder Soldat lediglich die Befehle des einen, rechtmäßigen Soldatenrates auszuführen hätte, zerriß vor ihren Augen die Liste und drohte, sie sämtlich verhaften zu lassen, falls sie nicht sofort ihre Tätigkeit einstellten und das Zimmer räumten, eine Drohung, für die ich freilich kaum eine Möglichkeit sah, sie in die Tat umzusetzen. Aber die Matrosen kamen meiner Aufforderung, wenn auch knurrend, nach. Nach dieser Episode, die vielleicht zwei Minuten gedauert hatte, verließ ich wegen dringender Geschäfte das Gewerkschaftshaus.

Als ich am anderen Tage von der Erschießung des Kapitäns z. S. Heine hörte, vermutete ich, daß sie nur durch jene Patrouille geschehen sein könnte, die vor meinem Eintreffen im Gewerkschaftshaus bereits ausgeschickt worden war. Der verantwortliche Soldatenrat hat m. W. einen Befehl zur Verhaftung des Kapitäns z. S. Heine nie erteilt. Von den Matrosen, die sich als Pseudosoldatenrat etabliert hatten, habe ich in der Folgezeit, in der ich viel mit Marinangehörigen in Berührung kam, niemand mehr gesehen, sodaß keine Möglichkeit vorlag, der Sache, die ich dauernd im Auge behielt, weiter nachzugehen. Ich nehme an, daß jene Matrosen zu denen gehörten, denen in Kiel, Dank der Wirksamkeit des damaligen Gouverneurs Noske, sehr bald der Boden unter den Füßen zu heiß wurde.

Bernhard Rausch, Referent im Reichswehrministerium.

Die Sozialdemokratie hat also dafür gesorgt, daß der Zusammenbruch Deutschlands nach dem vierjährigen Weltkrieg nicht zu einem Chaos geführt hat. Sie allein konnte, als die bisherigen Träger der Autorität sich wie geprügelte Hunde davon schlichen, sie mußte die Führung übernehmen. Und ohne sie wäre es den Herren von der Richtung der „Deutschen Tageszeitung" wahrhaftig nicht so gut ergangen.

Aquis submersus.

Novelle von Theodor Storm.

14. Fortsetzung.

Da hörete ich draußen unter dem Fenster von einer harten Stimme meinen Namen nennen, und als ich hinausschaute, ersahe ich einen großen, hageren Mann in der üblichen Tracht eines Predigers, obschon sein herrisch und finster Antlitz mit dem schwarzen Haupthaar und dem tiefen Einschnitt ob der Nase wohl eher einem Kriegsmann angestanden wäre. Er wies soeben einem andern, untersetzten Manne von bäuerischem Aussehen, aber gleich ihm in schwarzwollenen Strümpfen und Schnallenschuhen, mit seinem Handstocke nach unserer Haustür zu, indem er selbst zumal durch das Marktgewühle von dannen schritt.

Da ich dann gleich darauf die Türglocke schellen hörte, ging ich hinab und lud den Fremden in das Wohngemach, wo er von dem Stuhle, darauf ich ihn genötigt, mich gar genau und aufmerksam betrachtete.

Also war selbiger der Küster aus dem Dorfe norden der Stadt, und erfuhr ich bald, daß man dort einen Maler brauche, da man des Pastors Bildnis in die Kirche stiften wolle. Ich forschte ein wenig, was für Verdienst um die Gemeine dieser sich erworben hätte, daß sie solche Ehr' ihm anzutun gedächten, da er doch seines Alters halben noch nicht gar lange im Amte stehen könne; der Küster aber meinete, es habe der Pastor freilich wegen eines Stück Ackergrundes einmal einen Prozeß gegen die Gemeinde angestrenget, sonst wisse er eben nicht, was Sondres könne vorgefallen sein; allein es hingen allbereit die drei Amtsvorweser in der Kirchen, und da sie, wie er sagen müsse, vernommen hätten, ich verstünde das Ding gar wohl zu machen, so sollte der guten Gelegenheit wegen nun auch der vierte Pastor mit hinein; dieser selber freilich kümmere sich nicht eben viel darum.

Ich hörete dem allen zu; und da ich mit meinem Lazarus am liebsten auf eine Zeit pausieren mochte, das Bildnis der Herrn Titus Axen aber wegen eingetretenen Siechtums desselbigen nicht beginnen konnte, so hub ich an, dem Auftrage näher nachzufragen.

Was mir an Preis für solche Arbeit nun geboten wurde, war zwar gering, so daß ich erstlich dachte: sie nehmen dich für einen Pfennigmaler, wie sie im Kriegstrosse mitziehen, um die Soldaten für ihre heimgebliebenen Dirnen abzumalen; aber es mutete mich plötzlich an, auf eine Zeit allmorgendlich in der goldenen Herbstessonne über die Heide nach dem Dorfe hinauszuwandern, das nur eine Wegstunde von unserer Stadt belegen ist. Sagete also zu, nur mit dem Beding, daß die Malerei draußen auf dem Dorfe vor sich ginge, da hier in meines Bruders Hause paßliche Gelegenheit nicht befindlich sei.

Des schien der Küster gar vergnügt, meinend, das sei alles hiebevor schon fürgesorget; der Pastor hab' sich solches gleichfalls ausbedungen; item, es sei dazu die Schulstube in seiner Küsterei erwählet; selbige sei das zweite Haus im Dorfe und liege nah am Pastorate, nur hintenaus durch die Priesterkoppel davon geschieden, so daß also auch der Pastor leicht hinübertreten könne. Die Kinder, die im Sommer doch nichts lernten, würden dann nach Haus geschicket.

Also schüttelten wir uns die Hände, und da der Küster auch die Maße des Bildes fürsorglich mitgebracht, so konnte alles Malgerät, des ich bedurfte, schon nachmittags mit der Priesterfuhr hinausbefördert werden.

Als mein Bruder dann nach Hause kam — erst spät am Nachmittage, denn ein Ehrsamer Rat hatte dermalen viel Bedrängnis von einer Schinderleichen, so die ehrlichen Leute nicht zu Grabe tragen wollten —, meinete er, ich bekäme da einen Kopf zu malen, wie er nicht oft auf einen Priesterkragen sitze, und möchte mich mit Schwarz und Braunrot wohl versehen; erzählete mir auch, es sei der Pastor als Feldkapellan mit den Brandenburgern hier ins Land gekommen, als welcher er's fast wilder als die Offiziers getrieben haben solle; sei übrigens itzt ein scharfer Streiter vor dem Herrn, der seine Bauern gar meisterlich zu packen wisse. Noch merkete mein Bruder an, daß bei desselbigen Amtsantritt in unserer Gegend adelige Fürsprach' eingewirket haben solle, wie es heiße, von drüben aus dem Holsteinischen her; der Archidiakonus habe bei der Klosterrechnung ein Wörtlein davon fallen lassen. War jedoch Weiteres meinem Bruder darob nicht kundgeworden.

* * *

So sahe mich denn die Morgensonne des nächsten Tages rüstig über die Heide schreiten, und war mir nur leid, daß letztere allbereits ihr rotes Kleid und ihren Würzeduft verbrauchet und also diese Landschaft ihren ganzen Sommerschmuck verloren hatte; denn von grünen Bäumen war weithin nichts zu ersehen; nur der spitze Kirchturm des Dorfes, dem ich zustrebte — wie ich bereits erkennen mochte, ganz von Granitquadern auferbauet — stieg immer höher vor mir in den dunkelblauen Oktoberhimmel. Zwischen den schwarzen Strohdächern, die an seinem Fuße lagen, krüppelte nur niedrig Busch- und Baumwerk; denn der Nordwestwind, so hier frisch von der See herauftommt, will freien Weg zu fahren haben.

Als ich das Dorf erreichet und auch alsbald mich nach der Küsterei gefunden, stürzete mir sofort mit lustigem Geschrei die ganze Schul' entgegen; der Küster aber hieß an seiner Haustür mich willkommen. „Merket Ihr wohl, wie gern sie von der Fibel laufen!" sagte er. „Der eine Bengel hatte Euch schon durchs Fenster kommen sehen."

In dem Prediger, der gleich danach ins Haus trat, erkannte ich denselbigen Mann, den ich schon tags zuvor gesehen hatte. Aber auf seine finstere Erscheinung war heute gleichsam ein Licht gesetzet; das war ein schöner, blasser Knabe, den er an der Hand mit sich führete; das Kind mochte etwan vier Jahre zählen und sahe fast winzig aus gegen des Mannes hohe, knochige Gestalt.

Da ich die Bildnisse der früheren Prediger zu sehen wünschte, so gingen wir mitsammen in die Kirche, welche also hoch belegen ist, daß man nach den anderen Seiten über Marschen und Heide, nach Westen aber auf den nicht gar fernen Meeresstrand hinunterschauen kann. Es mußte eben Flut sein; denn die Watten waren überströmet, und das Meer stund wie ein lichtes Silber. Da ich anmerkete, wie oberhalb desselben die Spitze des Festlandes und von der anderen Seite diejenige der Insel sich gegeneinanderstrecketen, wies der Küster auf die Wasserfläche, so dazwischenliegt. „Dort", sagte er, „hat einst meiner Eltern Haus gestanden, aber Anno 34 bei der großen Flut trieb es gleich hundert anderen in den grimmen Wassern; auf der einen Hälfte des Daches ward ich an diesen Strand geworfen, auf der anderen fuhren Vater und Bruder in die Ewigkeit hinaus."

„Ich dachte: „So stehet die Kirche wohl am rechten Ort; auch ohne den Pastor wird hier vernehmentlich Gottes Wort gepreediget."

Der Knabe, welchen letzterer auf den Arm genommen hatte, hielt dessen Nacken mit beiden Aermchen fest umschlungen und drückte die zarte Wange an das schwarze, bärtige Gesicht des Mannes, als finde er so den Schutz vor der ihn schreckenden Unendlichkeit, die dort vor unseren Augen ausgebreitet lag.

Als wir in das Schiff der Kirche eingetreten waren, betrachtete ich mir die alten Bildnisse und sahe auch einen Kopf darunter, der wohl eines guten Pinsels wert gewesen wäre; jedennoch war es alles eben Pfennigmalerei, und sollte demnach der Schüler von der Helfts hier in gar sondere Gesellschaft kommen.

Da ich solches eben in meiner Eitelkeit bedachte, sprach die harte Stimme des Pastors neben mir: „Es ist nicht meines Sinnes, daß der Schein des Staubes dauere, wenn der Odem Gottes ihn verlassen; aber ich habe der Gemeine Wunsch nicht widerstreben mögen; nur, Meister, machet es kurz; ich habe besseren Gebrauch für meine Zeit."

Nachdem ich dem finsteren Manne, an dessen Antlitz ich gleichwohl für meine Kunst Gefallen fand, meine beste Bemühung zugesaget, fragete ich einem geschnitzten Bilde der Maria nach, so von meinem Bruder mir war gerühmet worden.

Ein fast verachtend Lächeln ging über des Predigers Angesicht. „Da kommet Ihr zu spät," sagte er, „es ging in Trümmer, da ich's aus der Kirche schaffen ließ."

(Fortsetzung folgt.)

Die neue Schlichtungsordnung.

Der Entwurf der Schlichtungsordnung ist nunmehr vom Reichsarbeitsministerium fertiggestellt und geht in diesen Tagen den obersten Reichsbehörden und den Regierungen der Länder zu. Es ist beabsichtigt, noch vor der Einbringung des Gesetzentwurfs im Reichsrat die Schlichtungsordnung mit der Zentralarbeitsgemeinschaft und den zentralen Verbänden der wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern eingehend zu besprechen. Man hofft, daß die Vorlage dann noch im Verlauf dieser Tagung von der Nationalversammlung erledigt werden kann.

In dem Entwurf sind unter anderem vorgesehen Schlichtungsausschüsse, Landschlichtungsausschüsse und ein Reichseinigungsamt; des weiteren sollen alle Schlichtungsausschüsse jetzt einen unparteiischen Vorsitzenden erhalten. Die Schlichtungsordnung zieht einen scharfen Trennungsstrich zwischen dem Einigungsverfahren vor den Schlichtungsausschüssen und der Spruchtätigkeit. Gegen die Schiedssprüche der Schlichtungsausschüsse und der Landschlichtungsausschüsse ist Revision wegen Verletzung des materiellen oder prozessualen Rechts zugelassen. Weiter ist den Schlichtungsausschüssen nach dem Vorbild ähnlicher Bestimmungen in den Verordnungen über Beschäftigung Schwerbeschädigter und Einstellung und Entlassung von Arbeitern während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung die Befugnis eingeräumt, Geldbußen zu verhängen.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 10. März.

Aus der Tätigkeit der Sicherheitspolizei.

Einige Vorfälle der letzten Zeit beweisen, wie uns geschrieben wird, daß weite Kreise der Bevölkerung Lübecks noch nicht mit dem Wesen und den Aufgaben der hiesigen Sicherheitspolizei vertraut sind. Die Sicherheitspolizei — nicht Sicherheitswehr — ist eine Beamtenschaft der Freien und Hansestadt Lübeck. Sie ist aufgestellt nach den Weisungen des Reichsministeriums des Innern und im engen Anschluß an die Organisation der Sicherheitspolizeien in den übrigen Gliedstaaten des Deutschen Reiches. Das Reich trägt 80 Prozent der Kosten aller Sicherheitspolizeien. Der Grund zur Aufstellung der Sicherheitspolizei liegt im Friedensvertrag und in den Folgeerscheinungen der Revolution. Das auf 200 000 Mann — ab Juni auf 100 000 Mann — verringerte Heer ist im entferntesten nicht in der Lage, bei größeren Unruhen den inneren Schutz im ganzen Reiche — vorwiegend der Großstädte und der wichtigsten Lebensbetriebe in diesen — zu gewährleisten. Eine Verstärkung der Polizeikräfte war daher geboten. Infolge der wirtschaftlichen Notlage ist das Verbrechertum allenthalben im Reiche ins Unermeßliche gestiegen. Das Verbrechertum scheut vor keiner Gewaltanwendung zurück. Neben der im Verkehrs- und Straßendienst tätigen Ordnungspolizei (blaue Uniform) ist daher eine militärisch zusammengefaßte Exekutiv-Polizei notwendig. Diese Exekutiv-Polizei ist die Sicherheitspolizei (grüne Uniform). Die Sicherheitspolizei hat die Aufgabe, die Ruhe und Ordnung im Staate aufrechtzuerhalten, sowie die Sicherheit und das Eigentum eines jeden Staatsbürgers zu schützen. Sie dient nicht dem Interesse einer politischen Partei, sondern lediglich dem Staatsgedanken, damit im Rahmen der bestehenden Staatsverfassung eine richtige Fortentwickelung der Dinge zum Wiederaufbau des Deutschen Reiches möglich sei. Die Sicherheitspolizei ist keine „Truppe" im militärischen Sinne; sie ist ein festgefügter, neu organisierter Verband von Polizeibeamten. Die im Dienst befindlichen Beamten der Sicherheitspolizei haben die Pflichten und die Rechte eines jeden Polizeibeamten. Die gesetzliche Einführung des achtstündigen Arbeitstages bedingt eine Dreiteilung im Dienst der Sicherheitspolizei. Ein Drittel der Beamtenschaft versieht den Wachtdienst in der Stadt und in den Hafenanlagen. Ein Drittel steht in Bereitschaft und das letzte Drittel befindet sich in Ruhe. Auf ständigen Wachen hat die Sicherheitspolizei Lübeck besetzt: Wache 1 im Rathaus, Wache 2 im Burgtor, Wache 3 im Kühlhaus, Wache 4 in der Marlitkaserne. Von diesen Wachen werden bei Tag und Nacht Streifen in die innere Stadt und die Hafenanlagen entsandt. Die Wachen und Streifen haben die Anweisung, jedem Ruf des Publikums um Schutz und Hilfe sofort zu entsprechen. Die Sicherheitspolizei ist durch Fernruf Nr. 8260 und 8261 Tag und Nacht und durch das Polizeiamt zu erreichen. Die Sicherheitspolizei wird um so schneller ihre Aufgabe erfüllen können, je mehr sie ihrerseits Unterstützung und Verständnis beim Publikum findet. Die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit in Lübeck ist von größter Bedeutung, falls die Hansestadt nach Fortfall Danzigs eine der wichtigsten Hafenstädte an der Ostsee zum Wohle des Wiederaufbaues Deutschlands werden und bleiben soll.

In einer Besprechung, die am Dienstag die Pressevertreter mit dem Polizeisenator hatten, wurde u. a. mitgeteilt, daß infolge der in den Landgemeinden sich mehrenden Einbrüche auch dort ein verstärkter Polizeischutz erforderlich geworden sei. Die Wächter seien in den Landgemeinden vermehrt und mit Revolvern und Laternen ausgerüstet worden. — Sobald genügend Fahrräder zur Verfügung stehen, sollen Radfahrstreifen auch in den Landgemeinden vorgenommen werden. Einige Mitglieder der Sicherheitspolizei werden beritten gemacht. Die Polizisten würden demnächst den Titel Wachtmeister und die Wachtmeister den Titel Oberwachtmeister erhalten. Die Vorlage über die Hinzuziehung von bürgerlichen Deputierten beim Polizeiamt hofft man noch zum 1. April an die Bürgerschaft bringen zu können. Geplant ist, die Vertretung nach der Stärke der Bürgerschaftsfraktionen zu regeln.

Die Frau in der Kommune.

Ueber die Zahl der weiblichen Mitglieder in den Stadt- und Gemeindevertretungen hat die Zentralstelle für Gemeindeämter der Frau eine Umfrage veranstaltet. Danach sind an weiblichen „Stadtverordneten", wie die Bezeichnung ja meist lautet, vorhanden in Preußen 905, Bayern 56, Sachsen 88, Württemberg 20, Baden 143, Hessen 23, Mecklenburg-Schwerin 19, Sachsen-Weimar-Eisenach 20, Mecklenburg-Strelitz 1, Oldenburg 13, Braunschweig 8, Sachsen-Meiningen 6, Sachsen-Altenburg 7, Sachsen-Koburg-Gotha 7, Anhalt 13, Schwarzburg-Sondershausen 2, Rudolstadt 2, Reuß ä. L. 4, Reuß j. L. 4, Lippe-Detmold 2, Lübeck 7, Bremen 24, Hamburg 22.

Vom Segen der Ostsee

weiß der „General-Anzeiger" zu berichten: Riesige Heringsfänge wurden wieder in den letzten Tagen gemacht. Die Boote reichten nicht aus, um den Segen des Meeres nach Travemünde ans Land zu befördern. Ein großer Teil der Fische mußte so lange in den Netzen bleiben, bis Boote entleert und zum Transport verfügbar waren. Sonderzüge mußten gefahren werden, um die zahlreichen Wagen mit Heringen befördern zu können.

Auch in der Nordsee werden riesige Fangergebnisse erzielt. Die Fischfänge sind so groß, daß bei richtiger Organisation zurzeit ganz Deutschland reichlich mit frischen Seefischen versorgt werden kann. Denn gefangen werden die Fische nicht in Tausenden, sondern in Millionen von Pfund! Allein an die Haupthandelsplätze Altona und Kuxhaven kamen in den letzten acht Tagen über 3½ Millionen Pfund Seefische. Alles, was an Fischereifahrzeugen in Betracht kommt, wird in den Dienst der Fischerei gestellt. Einige Dampfer brachten aus den Fischereigründen bei Island ganz enorme Fischmengen nach Hause. Zeit und Wetter eröffnen die besten Aussichten auf ein längeres Anhalten dieses Meeressegens. Da sollte man nun meinen, daß angesichts der Tagesbeuten die hohen Fischpreise endlich sinken würden; aber weitgefehlt, sie sind sogar, so unglaublich es ist, um — 25 Prozent gestiegen! Also Fische fast im Ueberfluß, und doch eine so ungeheure Preissteigerung, ausgerechnet seit den Riesenfängen! Worauf soll das Volk eigentlich noch warten, bis es die Seefische billiger bekommt?

*

Gesuche um **Verlängerung der Tanzerlaubnis** gehen dem Polizeiamt fortgesetzt in großer Zahl zu. An eine Verweigerung der Erlaubnis kehrt man sich vielfach nicht, man tanzt trotzdem länger. Die dafür zu zahlende Strafe wird oftmals durch eine Sammlung unter den Vergnügungsteilnehmern aufgebracht. Das Polizeiamt gedenkt nun gegen derartige Vergehen mit aller Schärfe vorzugehen. Geplant ist wegen Ueberschreitung der Tanzerlaubnis nicht nur eine Strafe, sondern auch noch einen Zuschlag zu den Gebühren zu erheben. Bei wiederholten Ueberschreitungen ist die Schließung der Lokale in Aussicht genommen.

Mitgeteilt wurde ferner, daß die Untersuchung wegen der Erschießung Dunckers noch nicht abgeschlossen sei. Das Ergebnis der Untersuchung würde nach Abschluß derselben der Oeffentlichkeit mitgeteilt werden.

Zur Beschleunigung der Abfertigung des Publikums an den Paketschaltern trägt es wesentlich bei, wenn die Paketauflieferer die Paketkarten vollständig freigemacht vorlegen. Die Paketauflieferer könnten sich und der Post viel Zeit ersparen, wenn sie sich das Aufkleben der Freimarken auf die Paketkarten zum Grundsatz machen würden. Bei der Einfachheit der jetzt geltenden Gebührensätze ist dies jedermann möglich und im Hinblick auf den Freimachungszwang für Pakete im öffentlichen Interesse dringend wünschenswert.

Briefpostsendungen jeder Art nach Ostsibirien, auch solche an die noch dort befindlichen Gefangenen, werden von den Postanstalten zur Beförderung auf dem Wege über London—Nordamerika—Wladiwostock angenommen. An Kriegsgefangene sind nur gewöhnliche Briefpostgegenstände zulässig, an andere Empfänger auch eingeschriebene, aber nur auf Gefahr des Absenders.

Schwindel mit Nähgarn. Seit einiger Zeit wird vom Auslande her in größtem Umfange Nähgarnschwindel in Deutschland betrieben. So weist die Textilwoche auf ein Nähgarn hin, daß vom Ausland in großen Mengen auf den deutschen Markt geworfen wird. Es handelt sich um ein 1000 Yds.-Glanzgarn, schwarz und weiß, Nr. 40—60, auf Holzrollen, dessen oben sichtbare Lagen aus gutem Nähgarn, die unteren dagegen aus Papier bestehen. Das Etikett zeigt auf schwarzem Grund in weißem Linienkranz einen weißen Seehund mit der Aufschrift Best Sewing thread, etwa 1000 Yds. Vor An- und Verkauf solcher Garne wird dringend gewarnt.

Das Konkursverfahren wurde über den Nachlaß des verstorbenen Restaurateurs H. J. F. Gutsche eröffnet. Der Katastergeometer Georg Kölsch in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt. — Das Konkursverfahren über den Nachlaß des verstorbenen Hotelbesitzers Eppenheim wurde aufgehoben.

Kammer-Lichtspiele. Man schreibt uns: Am Freitag, dem 12. März, wird in den früheren Sälen des „Bürgervereins", Königstraße 25, ein vornehmes Lichtspieltheater eröffnet. Die Ausstattung des Theaters ist namhaften Firmen unserer Stadt übertragen, deren Ruf dafür bürgt, daß hier Erstklassiges zusammengetragen wird. Alle Annehmlichkeiten eines modernen Lichtspieltheaters sind vorgesehen, so erhält dasselbe z. B. einen eigenen, elegant ausgestatteten Erfrischungsraum. Das neue Unternehmen wird dazu beitragen, das Großstadtbild Lübecks zu vervollständigen.

Volkskonzert. Das letzte Volkskonzert findet am Donnerstag abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus statt. Das Programm umfaßt Webers Freischütz-Ouvertüre, Schuberts köstliche Ballettmusik aus Rosamunde und Bethovens 2. Sinfonie in D-dur. Solist des Abends ist Herr Jani Szanto, den wir in diesem Winter nur dieses einzige Mal mit Orchester spielen hören. Der Künstler hat sich Dvoraks Violinkonzert als Solonummer gewählt. Der Eintrittspreis beträgt einschließlich Garderobe und Programm 1 Mk. Karten sind in der Musikalienhandlung von Robert, Breite Straße oder abends an der Kasse zu entnehmen.

Der Plattdütschen Volksgill ist es gelungen, die „Finkwarder Speeldöl" zu einem einmaligen Gastspiel hier in Lübeck zu veranlassen. Sie wird am 20. März im Hansatheater die Bauernkomödie „Kreistag" zur Darstellung bringen. Mit dem Vorverkauf wird in den nächsten Tagen bereits begonnen.

König Drosselbart, das große Märchenspiel nach Gebrüder Grimm von Dr. A. Holst, wird am Donnerstag, dem 11. März, abends 7.15 Uhr, von der Vereinigung jgr. Bühnen-Liebhaber im „Kolosseum" zur Aufführung gebracht. Ein Reigen, von Schülerinnen ausgeführt, wird unter Leitung der Lehrerin Frl. Grube zur Ausschmückung des Märchenspiels geboten. Zu dieser Aufführung werden insbesondere Schüler, Jugendliche und deren Eltern freundlichst eingeladen. Der Vorverkauf findet bei der Musikalienhandlung von Ernst Robert statt. Schüler haben auf allen Plätzen Ermäßigung.

Stadttheater. „Altestis", ein Drama vom Leben von Robert Prechtl, wird am Donnerstag zum erstenmal für die Schauspielgemeinde gegeben. Es gehört zu den hervorragendsten Erzeugnissen der jüngeren Dichtung.

Angrenzende Gebiete.

Eutin. Zur Anschlußfrage. Wie der „Anz. f. d. Fürstent. Lüb." berichtet, kommt Ministerpräsident Tantzen im Laufe dieses Monats nach Eutin, um persönlich den Standpunkt des Staatsministeriums und der Bevölkerung des Landesteiles Oldenburg gegenüber den Bestrebungen in der Provinz Lübeck nach Loslösung von Oldenburg und nach Anschluß an einen der Nachbarstaaten zu vertreten. Zu dieser Versammlung werden alle öffentlichen Körperschaften, Gemeindevorstände und Gemeinderäte, Landesausschuß, Landwirtschaftskammer, die Vertretungen der Kirchen und Schulen, Gewerkschaften usw. Einladungen erhalten.

Ratzeburg. Verlegung der Garnison. Der Stab und eine der beiden Kompagnien des Wismarschen Reichswehr-Jägerbataillons werden an einem der nächsten Tage nach Ratzeburg verlegt, um dort Garnison zu beziehen. Die andere Kompagnie verbleibt bis auf weiteres in Wismar.

Lauenburg. Der sozialdemokratische Werbeausschuß für den Kreis Herzogtum Lauenburg ladet die Vertreter der Ortsvereine und die Mitglieder der Kreistagsfraktion zu einer Kreisversammlung am 21. März 1920 vormittags 10 Uhr in Büchen ein (Ohlrogges Gasthof.) Zuschriften erbeten an den Genossen Zimmer, Besenhorst a. d. Elbe.

Kiel. Zur Fischversorgung. Die Bemühung des Oberpräsidenten in Sachen der Fischversorgung, von der wir vor einigen Tagen berichteten, haben keinen Erfolg gehabt. Der Reichskommissar für Fischversorgung hält die Freigabe der Fischauktionen nach den gemachten Erfahrungen vorerst nicht für zweckmäßig.

Husum. Einwirkung des Dollars. Das vor dem Kriege neuerbaute Kurhaus in Wyk auf Föhr ist in den Besitz zweier Amerikaner übergegangen, die es mit aller Einrichtung für den Preis von 1 150 000 Mark erwarben.

Reich und Ausland.

Für eine Million Leinen gestohlen. Aus dem Lagerkeller des Verbandes Deutscher Leinewebereien in Berlin, Friedrichstraße 7, wurde für eine Million gebleichtes Battistleinen, das in kleinen Ballen aufgestapelt lag, gestohlen, obschon der Keller mit Eisentüren abgeschlossen war. Die Einbrecher schafften die Beute auf einem Wagen fort. Ein Mann aus der Nachbarschaft beobachtete die Einbrecher bei der Arbeit, begab sich auf den Hof und gab aus seiner Pistole einen Lärmschuß ab. Einer der Einbrecher warf sich jedoch auf ihn und verhinderte ihn, weiter zu schießen. Die Diebe — es waren drei bis vier Mann — fuhren dann mit der Beute davon.

Furchtbare Explosionskatastrophe am Rhein. Dienstag morgen gegen 8 Uhr flog im Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerk in Benrath ein großer Heizkessel von zirka 1000 Quadratmeter Heizfläche in die Luft und begrub unter seinen Trümmern annähernd 90 Arbeiter. Da weitere Explosionen befürchtet werden, mußten alle anwesenden Personen die Unglücksstätte verlassen. Ueber die Entstehung der Explosion ist zurzeit noch nichts bekannt. Nach endgültiger Feststellung forderte das Explosionsunglück insgesamt **14 Tote und 21 Schwerverletzte** und eine große Zahl Leichtverletzte. Der Sachschaden ist sehr groß.

Eine Schiebung nach Spanien aufgedeckt. Bei der Firma Heinrich Lanz in Mannheim sind große Schiebereien in landwirtschaftlichen Maschinen aufgedeckt worden. Die Ladung sollte nach Spanien verschoben werden.

„Vorbildliche" Hotelpreise. Der Dresdener „Volksztg." teilt ein Leser mit: In der Nacht vom 28. zum 29. Februar schlief ich auf dem Liegesofa des Musikzimmers im Deutschen Hof in der Sidonienstraße und erhielt am Tage darauf folgende Rechnung:

Wohnung	120,— Mark
Frühstück	10,50 Mark
	130,50 Mark
Bedienungsgeld (25 Prozent)	32,60 Mark
	163,10 Mark.

Das Landespreisamt, das von dem Fall in Kenntnis gesetzt wurde, ist leider nicht in der Lage, gegen diese Forderung einzuschreiten, da es sich hier um keine Lieferung, sondern um eine Leistung handelt, die nicht unter das Preisüberschreitungsgesetz fällt. — Die Beutelschneiderei wird doch stets wieder übertroffen. Durch die Bekanntgabe dieser „Rechnung" wollen wir den Deutschen Hof weiter „empfehlen".

Theater und Musik.

17. Volkstümliches Konzert. Recht kunterbunt sah das Programm des letzten Konzerts aus. Es umspannte von Beethoven bis zu Ludwig Thuille, dem Frühverstorbenen, Komponisten aus aller Herren Länder. Peter Tschaikowsky sorgte für den russischen, Edward Grieg für den norwegischen Einschlag. Aber das Programm hatte daneben auch noch den Vorzug großer Seltenheiten. Man hörte vielfach Musik, die nur ab und zu einmal im Konzertsaal erklingt. Wer auch immer für die Aufstellung dieses Programms verantwortlich zeichnete:: ihm soll das Verdienst nicht abgesprochen werden, daß er seine Sache gut gemacht hatte. Ludwig von Beethoven hatte seine Ouvertüre zu „Prometheus" (Op. 43) beigesteuert. Nur den wenigsten ist es bekannt, daß Beethoven einstmals den kühnen Versuch gewagt hat, eine Menschenschöpfungsgeschichte in Tanzbildern zu schreiben. Von seinem Ballett „Prometheus" hat sich nichts erhalten. Daß die Ouvertüre für sich besteht, zeigte sich Montag im „Volkstümlichen", obschon Dr. R. v. Alpenburg, der an Stelle Franz v. Hoeßlins dieses Konzert leitete, der Ouvertüre noch eine leidenschaftlichere Note aufdrücken durfte. Er ruderte zwar ganz fürchterlich mit den Armen durch die Luft, holte aber bei weitem nicht alles heraus, was in der Ouvertüre schlummert. Eine seltene Gabe ist auch Richard Wagners sonnig-heiteres „Siegfried-Idyll" mit seinen Motiven aus dem „Ring". Das liebliche „Idyll", ein Geburtstagsangebinde Wagners für seine Cosima nach der Geburt Siegfrieds, ist von einer entzückenden Wonnigkeit. Das Orchester spielte es mit Lust und Liebe. Einen würdigen Abschluß fand der erste Teil mit Franz Liszts ansprechender sinfonischer Dichtung „Tasso" (Lamento e trionfo). Sie gehört zu den zwölf einsätzigen Sinfonien, die Liszt während seiner Weimarer Zeit geschrieben hat. Es ist ein ganzer Liszt, diese Klage und dieser Triumph Tassos. Den zweiten Teil leitete der feinsinnige Ludwig Thuille mit seiner „Romantischen Ouvertüre" ein. Sie ließ erkennen, wie unendlich viel die musikalische Welt an diesem Frühvollendeten verloren hat. Ein buntes Mosaikbild bietet Peter Tschaikowskys „Nußknacker"-Suite. Jedes dieser sieben Stücklein, aus denen sich die Suite zusammensetzt, ist ein kleines Kabinettstück für sich. Die Musik ist leicht und gefällig, aber bei aller Anspruchslosigkeit musikalisch hochwertig. Die Suite, die sich in eine Miniatur-Ouvertüre, einen Marsch und fünf kleine Tänze, darunter einen chinesischen Tanz und einen Blumenwalzer, gliedert, fand infolge der überaus ansprechenden Wiedergabe durch das Orchester bei den Zuhörern eine recht freundliche Aufnahme. Auf den Russen Tschaikowsky folgte der Norweger Grieg mit seiner Bühnenmusik zu Sigurd Jorsalfar, Sigurd dem Kreuzfahrer. Der ausgedehnte Huldigungsmarsch wird immer auf Anerkennung und gute Aufnahme rechnen können. Ein Jugendwerk von Richard Strauß, sein Festmarsch mit der Opus-Zahl 1, bildete den Schlußstein. Der Marsch weckte Interesse, weil er die erste Gabe war, die Strauß einst der Oeffentlichkeit übergab. Noch ist er darin kein Eigener, aber der Marsch behauptete sich unmittelbar hinter Griegs Huldigungsmarsch mit seiner nationalen norwegischen Färbung in Ehren. Dem Orchester erwuchsen aus dem vielgestaltigen Konzert mancherlei Aufgaben, die es unter der führenden, glättenden und anfeuernden Hand Dr. v. Alpenburgs in glücklichster Weise löste. Recht auffällig wurde es bemerkt, daß Dr. v. Alpenburg letzthin mehrfach an Stelle Franz v. Hoeßlins am Dirigentenpult erschienen ist. Ein Gerücht will wissen, daß mit Schluß dieser Saison Franz v. Hoeßlin von seinem Amte als Leiter der Konzerte des Vereins der Musikfreunde ganz zurücktreten wird. Es soll zwischen ihm und dem Verein zu allerlei Unstimmigkeiten gekommen sein, die beiden Teilen eine Lösung der Beziehungen rätlich erscheinen lassen. Wir wissen nicht, was an diesem Gerücht Wahres ist, aber wir persönlich würden es lebhaft bedauern, wenn Franz v. Hoeßlin tatsächlich Lübeck bereits demnächst wieder verlassen sollte. Er hat sich als ein ungemein begabter und energischer Dirigent erwiesen. Und wenn gewiß auch niemand unersetzlich ist, so liegt doch ein gar zu häufiger Wechsel in den Dirigenten nicht im Interesse der Bestrebungen des Vereins der Musikfreunde selbst. —o—

Haus, Hof und Garten.

Erinnerung an wichtige Arbeiten. Der praktische Ratgeber im Obst- und Gartenbau (Verlag Trowitzsch u. Sohn in Frankfurt a. O.) schreibt: Zur Aussaat von Frühkohlarten ist es jetzt höchste Zeit; wir säen auch den ersten Landsalat ins Mistbeet. Wer Blumenkohl treiben will, lege nun einen Kasten dazu an. Treibbohnen werden in Töpfe gelegt. Die im Handkästen gelegten Pflanzerbsen müssen bald nach dem Auflaufen kühl gestellt werden. Dem Spargel sind Düngungen mit Superphosphat, mit Kali und mit Jauche noch vorteilhaft. Bei gelinder Witterung verlangen Treibkarotten, Radies und die aufgehenden Kohlarten viel frische Luft. Das Teilen und Verpflanzen starker Schnittlauchstauden soll auch geschehen. — Obstgarten: Vorbereitungen für die Frühjahrspflanzung. Die Säuberung beborkter Bäume erledigen. Wer im April erst ans Umveredeln geht, nehme jetzt schon das Zurücknehmen der Aeste vor. Es ist wieder Zeit zur Vermehrung der Rebstöcke durch Augensteckling. — Im Ziergarten gehen wir, sobald es die Witetrung zuläßt, an das Ausharken des Rasens. Gehölzschnitt beenden. Die Stämme eben gepflanzter starker Laubbäume werden dünn mit Schilfrohr geschützt. Weitere Topfaussaaten von verschiedenen Blütenpflanzen vornehmen. Begonienknollen antreiben. Angetriebene Gloxinien in Töpfe setzen. Alle blühenden Topfgewächse halten wir möglichst kühl, wodurch die Haltbarkeit der Blumen bedeutend verlängert wird. („Der praktische Ratgeber im Obst- und Gartenbau" in Frankfurt a. O. sendet an alle, die Rat und Anregung in Gartenbaufragen suchen, kostenfreie Probenummern.)